

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

290 (12.12.1930)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreis: Die 10 getippte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gegenüber-
setzung und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Reklamemillimeter-
zeile 10 Pfennig. Die Werberhebung, Rabatt nach Zeit, der bei Anfertigung des
Anzeigenplanes, bei geschäftlicher Betreuung und bei Anfertigung nach Kraft tritt o. Erläuterung
des Verhältnisses. In Karlsruhe L. 2. o. Schulz der Anzeigen-Nachnahme 8 Lbr vorwärts

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ohne Zulassung 2,20 Mark o. Durch die Post
2,00 Mark o. Gegenantrag 10 Pfennig o. Gehalts o. Gehalts o. Gehalts o. Gehalts
sonntags 11 Lbr o. Postantrag 1020 und 1021 o. Zulassung-Billigheit: Druck: Haupt-
straße 9. B. Baden, Jagdstraße 12. Kallert, Rosenstraße 2. Oberburg, Hauptstraße 4

Nummer 290

Karlsruhe, Freitag, den 12. Dezember 1930

50. Jahrgang

Die Jugend wird blind gemacht

Die Wahrheit über den Krieg unterdrückt / Nationalistischer Block von den Nazis bis zur Volkspartei
Der Film „Im Westen nichts Neues“ verboten

W.B. meldet: Nach halbständiger Beratung verkündete
am Donnerstag die Filmoberprüfstelle das Urteil,
weshalb der Film wegen Gefährdung des deutschen Ansehens
verboten sei. In einer Begründung nahm er lediglich zu
dem Punkte Stellung und betonte, daß das Urteil nicht
unter dem Eindruck der Straße gefallen sei. Auch habe sich
der Gericht nicht von den Ausführungen Dr. Frankfurters
beeinflussen lassen, in denen es hieß, daß die amerikanische
Schulpolitik sich nach einem Verbot dieses Filmes erst aus
Deutschland zurückziehen könnte.

Die Filmoberprüfstelle hat also den Film „Im Westen nichts
Neues“ am Donnerstag verboten. Sie erwidert in seinen Dar-
stellungen eine Gefährdung des Ansehens Deutschlands. Das ist die
alte große Affäre, die die Filmprüfung hervorgerufen hat.
„Panzerkreuzer Potemkin“ und „Im Westen nichts Neues“ sind die
zwei Filmwerke, deren Aufführung durch die Oberprüfstelle un-
terboten worden ist.

Das es zwei große Filme sind, die bedeutende Vorbereitungen in gro-
ßer Stil behandelt, zeigt, wie wichtig diese Art von Verbot im all-
gemeinen ist. Beim „Potemkin“ war es der Ausschrei der Gegend-
en und Getreuen gegen boshafte Unterdrücker, der Schrei nach
Gerechtigkeit. Heute ist es der Schrei nach Menschlichkeit, gegen
den Krieg, der unter das Verbot fallen soll. Es ist unmissbar,
daß diese Dinge verboten zu werden. Sie sind da, und sie wirken.
Sind wir einen jeden zur Auseinandersetzung, kein Verbot wird
aus der Welt schaffen.

Das neueste Verbot ist ein ausgesprochen politisches Ver-
bot. Es ist hervorgegangen aus der gegenwärtigen inneren Lage
Deutschlands. Der nationalsozialistische Block, der nicht ver-
steht, hat im Reichstag den bisherigen Kurs der Außenpolitik
überwunden, hat sich auf den Film gestützt. Es ist ihm nicht ge-
lungen, seine Wünsche zur Neuorientierung der deutschen Außen-
politik in der Richtung gefährlicher Provokationen durchzusetzen,
daher hat er sich auf einen Film gestützt, der den Krieg zeigt,
er wirklich ist, erschütternd und abgelenkend, und der geeignet
ist, jeden Kriegshörner abzuführen. Es ist ihm gelungen, ein
Verbot dieses Films durchzusetzen. Dieser Block reicht von den Na-
zionalsozialisten bis zur Deutschen Volkspartei. Das Reichs-
ministerium hat bei der Aktion gegen den Film eine
entscheidende Rolle gespielt und auch das Reichsinnen-
ministerium ist nicht mit Vorbeeren bedacht worden.

Was hat man verboten? Aufklärung darüber, wie der Krieg
wirklich ist. Nicht die Wahrheit über den Krieg, sondern die
Schuldigen aus der Zeit des Kaiserreichs will der na-
tionalistische Block dem Volke zeigen.
Das Verbot ist von großer außenpolitischer Bedeutung.
Der Film wird in der ganzen Welt geseht. Außerhalb der
Grenzen Deutschlands hat jedermann die Berechtigung, das Verbot
zu bezweifeln. Aus Amerika und aus England liegen die
entsprechenden Urteile, auch von Deutschland wohlwollender Seite dar-
über vor, daß dieser Film keine Seite gegen Deutsch-
land darstellt, sondern lediglich eine ernste Mahnung vor dem
Anfang des Krieges. Fürchtet man nicht, daß gerade in diesen
Zeiten sich die Auffassung einschleichen wird, man wolle in
Deutschland namentlich den jungen Jahresklassen das wahre Gesicht
des Krieges nicht zeigen, weil man dadurch eine Schwächung ihres
Kriegeswillens fürchtet.

Die Begründung, die für die angebliche Deutscheindlichkeit
angeführt wird, namentlich die Begründung des Reichswehrministe-
riums, dem die „Witoge“ eines der Mitspieler nicht gefällt, sind
äußerst schwach. Vergleicht man doch einmal die Porträts
der Mitglieder der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion mit
den Porträts der Darsteller, die in diesem Film Soldaten spielen.
Dieses in allem, der nationalsozialistische Block in Deutschland
hat einen Sieg über den deutschen Außenminister davon-
getragen. Der deutsche Außenminister hat sich gegenüber seinem
nationalistischen Block und schwachend gezeigt.

Die übrigen ist es unmissbar, eine bezartete Entscheidung von
nationalistischer Bedeutung durch eine ganz zufällig zusammen-
gekommene Filmprüfstelle erfolgen zu lassen, der in diesem Falle
entscheidende Entscheidungsmöglichkeiten über das Ansehen
Deutschlands im Ausland in die Hand gegeben sind, als dem deut-
schen Außenminister.

Das ist das Eine, was wir feststellen. Zum anderen das In-
nenpolitische. Dieser nationalsozialistische Block von der Volks-
partei bis zu den Hakenkreuzlern hat die ganze Angelegenheit pro-
pagiert, und die Würdigen des Herrn Goebbels als Bundesgenossen
als Vorkämpfer für das deutsche Ansehen in der Welt akzen-
tiert. Wir können nicht umhin, diese Aktion gegen den Film „Im
Westen nichts Neues“ nach diesen famosen Vorkämpfern zu beur-
teilen.

Immer wieder der Grenze Deutschlands wird sich der Eindruck
aufdrängen, daß die Nationalsozialisten in Deutschland außenpolitisch
inmenschlich den Ton angeben. Fürchtet man nicht, daß man
sich im Ausland sagen wird: Wie in München 1923 vor dem
Reichstag?

Und zuletzt ein Drittes: In den Hauptbüchern gegen den
Film hat die Presse des Herrn Eugenbera gehört. Herr Eugen-
bera behauptet durch seine Beherrschung der Ufa ein praktisches Film-
monopol in Deutschland. Die Ufa des Herrn Eugenbera hat
Kriegsfilme geseht — sie erinnern an den amerikanischen Kriegs-
film „Winas“ — die in der amerikanischen Fassung ziemlich deut-
lich deutschfeindliche Tendenzen aufweisen, und bei
denen man in der deutschen Fassung die deutschen Soldaten und
Flieger des Weltkrieges sehr unsympathisch vorgeführt erhielt. Die-
ser Film hat bei niemanden von denen, die jetzt schreiben, Anstoß
erregt, denn die Ufa hat ihn verbreitet. Der Film „Im Westen
nichts Neues“ aber ist die Verkörperung eines pazifistischen Buches,
das ein Weltersfolg gewesen ist, das alle wirklich ernsthaften Front-
kämpfer in Deutschland und in der ganzen Welt mit tieferer Be-
wegung gelesen haben. Dieses Buch wurde allerdings verlegt von
einem Verleger, den Herr Eugenbera als fürstliche Konkurrenz emp-
findet.

Die Zusammenhänge müssen angesichts des Verbots aufs
schärfste darauf hingewiesen werden, und es muß aufs nachdrücklichste dar-
gelegt werden, daß durch amtliches Verbot das Monopol der
Eugenbergschen Ufa geschützt wird.

Der Film ist verboten, aber die Aufklärung über die Wirk-
lichkeit des Krieges läßt sich nicht verbieten. Mehr denn je zuvor

muß den jungen Generationen, die den Krieg nicht mehr
aus eigener Anschauung kennen, die Wirklichkeit des Krieges
vor Augen geführt werden.

Der Remarque-Film wird nicht mehr gespielt

W.B. Berlin, 11. Des. Auf Grund des heute ergangenen Ur-
teils der Filmoberprüfstelle ist der Film „Im Westen nichts Neues“
bereits heute vom Spielplan der Mozart-Theater abge-
setzt worden. Die Mozart-Theater bleiben infolgedessen heute
geschlossen.

Amerikanische Verwunderung über Deutschland

New York, 11. Des. (Via Draht.) Die amerikanische Öffentlichkeit
steht nach wie vor unter dem Eindruck des Berliner Filmkrieges.
Die Zeitungen enthalten lange Berichte über die Aktion der deut-
schen Nationalisten gegen den Film. Alle Blätter stehen dem Kon-
flikt verständnislos gegenüber und leben hinter den Protekten der
Nationalisten nur ein Wandern zur Unterminierung der öffent-
lichen Ruhe und Ordnung.

Schluß mit dem Lohnabbau!

Energischer Gegenstoß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion
hat zu der Lohnabbauaktion der Reichsregie-
rung im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

Mit der Begründung, daß zur Behebung der Wirtschaftskrise
und zur Angleichung an die veränderten weltwirtschaftlichen
Verhältnisse eine Senkung des deutschen Preis-
niveaus unerlässlich sei, hat die Reichsregie-
rung die Bestrebungen auf Lohnabbau planmäßig unter-
stützt. Nach ihren Erklärungen hat sie dabei vorausgesetzt, daß
der Abbau der Löhne und Gehälter eine entsprechende Sen-
kung auch der Warenpreise und Lebenshal-
tungskosten bringe, und dadurch eine Verminderung der
Kaufkraft nicht eintreten würde.

Die Lohnabbauaktion hat ihre Wirkung nicht verfehlt.
Auch schon ohne Herabsetzung der Tariflöhne sind unter dem
Druck der Arbeitslosigkeit durch Abbau der Auford- und Ver-
einbarung die effektiven Löhne und Gehälter er-
heblich gesenkt worden. Der von den Schlichtungsbehör-
den geforderte Abbau der Tariflöhne und Gehälter hat zu
weiteren empfindlichen Senkungen geführt.

Dagegen ist der Regierung auf dem Gebiete der Preise
auch nicht annähernd der gleiche Erfolg beschieden.
Das Versprechen, daß die Lohnsenkungen durch eine Verbilli-
gung der Lebenshaltungskosten ausgeglichen werden würden,
ist nicht in Erfüllung gegangen. Von den beteiligten Kreisen

wird umso lauter behauptet, daß weitere Preisentungen un-
möglich seien und die Aufrechterhaltung der Preisabbauaktion
lediglich die Wirtschaft lähme. Der Herr Reichstags-
präsident hat im Plenum des Reichstags am 5. Dezember Ausführun-
gen gemacht, die zu erkennen geben, daß die Reichsregierung
selbst geneigt ist, diese Auffassung teilen zu lassen und sich
wesentliche Erfolge auf dem Gebiete der Preisentun-
gen nicht mehr verspricht.

Unter diesen Umständen haben die mit Hilfe der Reichs-
regierung den Arbeitern aufgezwungenen Lohnsen-
kungen den Charakter eines einseitig zu tragen-
den Opfers, das umso verbitternder wirkt, als durch die
damit herbeigeführte Minderung der Massenkauf-
kraft die Gesamtfrage der Wirtschaft nicht verbessert, sondern
nur verschlechtert werden kann.

Wir fragen die Regierung, ob sie bei dieser Sachlage noch
weiter daran festhalten will, den Lohn- und Gehaltsabbau
zu fördern? Wir fragen weiter, ist der Reichsregierung be-
kannt, daß im Verfolg der Lohnabbauaktion und durch die
Faltung, die dabei von den Schlichtungsbehörden
eingegenommen worden ist, die tarifvertragliche Regelung der
Arbeitsbedingungen bereits in großem Umfang zerstört und
damit eine wichtige Grundlage des Arbeits-
rechts und der ordentlichen Wirtschaftsführung ernsthaft
erschüttert worden ist? Welche Stellung nimmt die
Reichsregierung dazu ein?

Hakenkreuzspiel im Reichstag

Beratung des heiligabend-Ladenschlusses
und der Hochwasserkatastrophe

Berlin, 11. Des. (Via Draht.) Die sozialdemokratische Offen-
sive im Parlament und im Lande gegen die Nationalsozialisten
hat diese Partei in die Verteidigung gedrängt.

Im Reichstag, wo die Nationalsozialisten weder mit Stin-
knoten, noch mit Tanzmäulen, noch mit Windischleichen ar-
beiten können, wird immerhin ein Mindestmaß von geistiger
Anfechtung und aufrichtiger Aufklärung

von ihnen verlangt. Das zu leisten, ist ihnen unmöglich. Darum
haben sie am Donnerstag durch ihren Vizepräsidenten Stöbe er-
klären lassen, sie würden in Zukunft bei jeder Rede eines
Marxisten aus dem Saal hinaus gehen. Diese bösen Marxisten
nämlich, einerlei ob Sozialdemokraten oder Kommunisten, hätten
aus purer Angst den Willen, die gutmütigen Nationalsozialisten
zu provozieren, um dem deutschen Volk den natürlich ganz irrigen
Glauben beizubringen, die Nationalsozialisten seien Standes-
männer. Das wollten die Nationalsozialisten aber nicht auf sich
fallen lassen und da sie nicht dafür garantieren können, ob nicht
doch wieder

einige Pathologen ihrer Fraktion in Tobjuchtsanfälle geraten,

wenn ein Sozialdemokrat spricht, ziehen sie es vor, gemeinsam
auszureißen. Ein Kommunist rief dem Präsidenten zu, man möge
eine Rolltreppe auf der Rechten für die Nazis einbauen, damit der
Ausgang und der Wiedereingang rascher vor sich gehe.

Gleich am ersten Tage klappten die Kommandos zum Ausmarsch
schlecht. Als nach Stöbes feierlichem Schwur unmittelbar ein Kom-
munist zur Geschäftsordnung sprach, mußten die Nazis durch die
Marxisten daran erinnert werden, daß sie eben erst geschworen
hätten, hinauszugehen. Bei einem der nächsten Ausmärsche erhob
sich ein Kommunist lehnend: „Zieht in Frieden eure Pfade, mit
euch des großen Adolfs Gnade!“

Der Sozialdemokrat Stellingma meinte später, niemand werde
gegen den Ausgang der Nationalsozialisten etwas einzuwenden
haben, denn von hinten leben sie immerhin menschlicher aus als
von vorne. Als die Nationalsozialisten

bei den Abstimmungen vorsichtig wieder hereinkamen,
mußten sie sich verböhnen lassen: „Ach! Schnell hinaus, ein
Marxist spricht!“ Denn in der Tat mußten sie ihren

Eid schon brechen, um den marxistischen Reichstagspräsidenten
während der Abstimmungen anzuhören.

Daß etwa die Nationalsozialisten nicht etwa durch die bösen
Marxisten herausgefordert werden, sondern durch ihre Hemmungs-
losigkeit und Ungesogenheit die Adanauftritte hervorgerufen, zeigte

sich in der Donnerstagsitzung von neuem. Während der Aussprache über die Hochwasserkatastrophen, also eine wirklich unpolitische Angelegenheit, widerriete sich der nationalsozialistische Abgeordnete Rasche dem amtierenden Vizepräsidenten Esser (Zentr.), der doch kein Nazi ist, und es mühte ihm das Wort entzogen werden. Goebbels, der im Reichstag „Kammerjäger“ heißt, benahm sich bei dieser Gelegenheit so rüpelhaft, daß ihn der Vizepräsident aus dem Saal hinauswies. Also keinerlei marxistische Herausforderung. Die Nationalsozialisten können eben beim besten Willen einen ihrer koalitionsreifen Führer ein gestittes Betragen nicht betreiben.

Das Haus beriet in zweiter Lesung ein von den Regierungsparteien beantragtes Initiativgesetz zur vorübergehenden Regelung der gewerbmäßigen Stellenvermittlung. Es soll den gewerbmäßigen Stellenvermittlern im allgemeinen die Möglichkeit geben, ihre Betriebe noch bis zum 31. März fortzuführen. Der Gesetzesentwurf wurde nach kurzer Aussprache angenommen.

Der 5 Uhr-Ladenschluß am Heiligabend

Eine längere Debatte entwickelte sich über den Bericht des sozialpolitischen Ausschusses, der vorschlug, daß am 24. Dezember alle Läden um 5 Uhr, alle Gastwirtschaften um 7 Uhr geschlossen werden sollen.

Am eine Umgehung dieser Bestimmungen zu verhindern, sollen in Zukunft die Arbeiter und Angestellten höchstens bis eine halbe Stunde nach Ladenschluß mit Aufklärungsarbeiten beschäftigt werden können.

In der namentlichen Abstimmung wurde mit Hilfe der Nationalsozialisten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten festgestellt, daß für Blumen- und Spielwarenhandel der Ladenschluß auf 6 Uhr ausgedehnt werden solle. Bei den Gastwirtschaften werden diejenigen Betriebe ausgenommen, die Reiseverkehr und Beherbergung haben.

Der frühere Ladenschluß am Weihnachtsabend ist im Vorjahr auf Antrag der Sozialdemokratie beschlossen worden. Auch die diesjährigen Verbesserungen wurden im Ausschuss hauptsächlich von der Sozialdemokratie verfolgt. In der Dienstagssitzung des Reichstags wurde der sozialdemokratische Standpunkt durch die Abgeordnete Frau Reiche begründet. Vertreter der Wirtschaftspartei, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums sprachen gegen den früheren Ladenschluß am Heiligabend. In ähnlichem Sinne auch der bayerische Abgeordnete Schwarzer.

Bei der Abstimmung erhob sich auch eine Reihe von Zentrumsabgeordneten unter Führung von Esser-Eusitzchen gegen die Erweiterung der Ruhe am Weihnachtsabend. Der 5-Uhr-Ladenschluß am Heiligabend wurde jedoch trotz der Gegenreden angenommen.

Die von uns gestern bereits mitgeteilten Anträge des sozialpolitischen Ausschusses zum allgemeinen Kausladenschluß am Heiligabend werden sonach mit Ausnahme für Blumen- und Spielwarenhandel angenommen.

Nazi-Entschuldigung vor Zentrum

Am Laufe der Debatte gab der Nationalsozialist Stöhr eine Erklärung ab, die eine Entschuldigung seines Fraktionskollegen Dr. Frank II vor der Zentrumsfraktion war. Die Nationalsozialisten dachten nicht daran, der katholischen Kirche schmutzige Geschäfte vorzusetzen. Das Zentrum hätte die Verlesung dieser Erklärung, die anmutete wie die Entschuldigung eines ungesonnenen Schulzens Schweigend an.

Debatte zur Hochwasserkatastrophe

Es entwickelte sich eine längere Debatte über die Hochwasserkatastrophe insbesondere im Osten Deutschlands. Der Nationalsozialist Rasche hielt eine Kraut- und Rübenrede und war nahe daran, die Polen für das Hochwasser und seine Folgen verantwortlich zu machen. Immer wieder bemühte sich der Vizepräsident Esser den aufgeregt agitierenden und schreienden Bilanz auf das Thema der Tagesordnung zurückzuführen.

Als das dem Vizepräsidenten nicht gelang und Rasche immer wieder sich dem Präsidenten widersetzte, wurde ihm das Wort entzogen. Die Folge war viele Minuten dauerndes Toben und Geschrei bei den Nationalsozialisten, die den folgenden Zentrumsredner Erhard niederschmetterten verachteten. Einer der nationalsozialistischen Schreier rief in höchster Aufregung, daß die deutsche Minderheit nicht so vergewaltigt wie der Reichstag die Nationalsozialisten.

Im Laufe der Aussprache schilderte der sozialdemokratische Abgeordnete Stellung einsehend die Notstände in Schlesien und im Reich. Er brachte Material dafür bei, daß schon vor einem Vierteljahrhundert die förmlich preußische Regierung nicht das für den Ausbau des schlesischen Wasserbaus getan habe, was notwendig gewesen sei und führte dann im einzelnen an, was zur Verhütung fernerer Katastrophen im Osten geschehen müsse.

Einstimmig angenommen wurde eine Entschließung, die von der Regierung ausreichende Mittel für eine umfassende Kosthandlung zur Vermeidung der Wiederkehr solcher Katastrophen, sowie die Vollenbung der im Bau befindlichen Wasserbauten verlangt. Im weiteren Verlauf der Aussprache zeigte der Nationalsozialist Brüdner in der Rolle eines Marschfreiers eine Soldatenrotzbinde vor, die angeblich der bayerische Bauernbündler Gandörfer während der Novembertage getragen habe. Gandörfer stellte fest, daß er niemals eine solche Binde im Besitz gehabt oder getragen habe. Selbstverständlich hielt der Nationalsozialist unter großem Hallo seiner Fraktionsradikaler die Behauptung aufrecht.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung für Freitag gab es die übliche Geschäftsordnungsdebatte.

Wieder forderten Deutschnationale und Nationalsozialisten gemeinsam, daß über die Mißtrauensanträge gegen Curtius, Wirth und Treutmann und über die Anträge auf Aufhebung des Republikanengesetzes beraten wird. Sie drangen aber mit ihren Anträgen nicht durch.

Werkwürdigerweise haben es die Nationalsozialisten mit allen möglichen Anträgen eilig, nur nicht mit dem Antrag auf Entlassung der Bank- und Börsenräten.

Er schlummert ruhig in den Reichstagsdruckladen. Nächste Sitzung Freitag. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Interpellation über das Grubenunglück.

Heraussetzung des Wahlalters in Bayern

München, 11. Dez. Der Verfassungsausschuss des Landtages nahm im Laufe der Beratungen über das Landeswahlgesetz einen Antrag der Bayerischen Volkspartei an, der vorschlägt, das Wahlalter für den bayerischen Landtag von 20 auf 21 Jahre hinaufzusetzen. Gegen den Antrag stimmten die Sozialdemokraten und die Nationalsozialisten. Der Vertreter der Staatsregierung hatte in der Aussprache erklärt, daß das jetzige Wahlalter mit 20 Jahren eine Abnormität darstelle und endlich einmal beseitigt werden müsse.

Die neugeregeltte Bürgersteuer

Die neue Rotverordnungs des Reichspräsidenten enthält auch eine Neuregelung der Bürgersteuer. Allerdings bildet die Bürgersteuer auch in ihrer neuen Gestalt einen Fremdkörper im deutschen Steuerrecht, aber die Änderungen stellen trotzdem beachtenswerte Verbesserungen gegenüber der ursprünglichen Regelung dar.

In ihrer ursprünglichen Gestalt — nach der Rotverordnung vom 16. Juli — war die Bürgersteuer nichts weiter als eine rohe und brutale Kopfsteuer. Alle Wahlberechtigten sollten denselben Steuerbetrag von 6 M. entrichten, ohne Rücksicht darauf, wie hoch ihr Einkommen ist. Der Millionär sollte nicht mehr zahlen als der Arbeiter und nur für die Vermögenden der Armen, die Einkommen unter 1200 M. war ein ermäßigter Steuerbetrag von 3 M. vorgesehen. Jede andere Staffelung aber war ausdrücklich ausgeschlossen. Vor allem aber waren die Freibestimmungen ein Hohn auf jede steuerliche Gerechtigkeit. Von der Bürgersteuer waren nur befreit diejenigen Kriegerunterstützten, die seit dem 10. September Kriegerunterstützung besaßen und die Fürsorgeempfänger, die seit dem 10. Oktober von der Wohlfahrtspflege unterstützt wurden. Es sollte auch der Arbeitslose zahlen, der nach das Glück hatte, von der Arbeitslosenversicherung unterstützt zu werden.

Die enervierende Haltung der Sozialdemokratie brachte eine gründliche Wende.

Die Bürgersteuer erhält jetzt ein ganz anderes Gesicht, wenn wir auch diesen kein besonderes Wohlwollen entgegenbringen. Doch läßt sich nicht leugnen, daß wir starke Verbesserungen durchgesetzt haben.

Die neue Rotverordnung bringt wesentliche Verbesserungen, einmal bei der Staffelung und zweitens bei den Freibestimmungen.

Nach der neuen Staffelung haben zu zahlen:

Die Einkommen bis 1200 M.	3 M.
Die Einkommen von 1200 — 4500 M.	6 M.
Die Einkommen von 4500 — 6000 M.	9 M.
Die Einkommen von 6000 — 8000 M.	12 M.
Die Einkommen von 8000 — 12000 M.	18 M.
Die Einkommen von 12000 — 16000 M.	24 M.
Die Einkommen von 16000 — 20000 M.	30 M.
Die Einkommen von 20000 — 25000 M.	50 M.

Die Einkommen bis zu 50000 M. zahlen 75 M. bis zu 75000 M. 150 M. bis zu 100000 M. 200 M. bis zu 250000 M. 500 M. bis zu 500000 M. 1000 M. und über 500000 M. 2000 M. Die Steuerhöhe ist also bei den höheren Einkommen zum Teil mehr als verdoppelt und bei den höheren Einkommensgruppen von 20000 bis 25000 M. sogar mehr als verdreifacht. Insbesondere sind bei den Einkommen zwischen 1200 und 8000 M. zwei Stufen eingeebnet worden.

Noch wichtiger sind die Abänderungen, die die neue Rotverordnung bei den Freibestimmungen der Bürgersteuer bringt. Nach der neuen Fassung sind nunmehr nur die Familien steuerpflichtig, die auf eigene Rechnung leben. Steuerfrei sind also jetzt die Eltern, die von ihren Kindern unterhalten werden, die Kinder, die noch

von der Unterstützung der Eltern leben, die Schwester, die dem Bruder die Wirtschaft führt usw.

Steuerfrei sind ferner auch alle Arbeitslosen, gleichgültig, ob sie Arbeitslosenunterstützung, Kriegerunterstützung oder Wohlfahrtsunterstützung beziehen, gleichgültig auch, wie lange sie schon arbeitslos sind. Es kommt nur darauf an, daß sie von den beiden Zahlungsstagen, also am 10. Januar und am 10. März, von einer der drei Unterstützungseinrichtungen Unterstützung beziehen.

Von der Bürgersteuer befreit werden ferner: alle Sozialrentner, deren gesamtes Einkommen 900 M. jährlich nicht übersteigt. Damit wird die große Masse der Invalidrentner, der Knappschafts-, Angestellten- und Unfallrentner aus der Bürgersteuer herausgenommen. Steuerfrei sind weiter alle Kleinrentner der öffentlichen Fürsorge, insbesondere die Kleinrentner. Steuerfrei sind nunmehr auch alle die Kriegsbeschädigten, die Zusatzrente erhalten. Steuerfrei sind schließlich alle Personen, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind oder für die das Wahlrecht nicht, also vor allem die Soldaten.

Mit dieser Neuregelung sind die wichtigsten Härten beseitigt, die die Bürgersteuer bisher aufwies und ungleich wichtige Zugeständnisse an die sozialdemokratischen Forderungen.

gemacht.

Die Sozialdemokratie hat von Anfang die völlige Aufhebung der Bürgersteuer verlangt.

und die Forderung in den Verhandlungen mit den anderen Parteien und mit der Regierung immer noch erhoben. Wenn sie schließlich mit diesem Verlangen nicht durchgedrungen ist, liegt das nicht an ihr, sondern einzig und allein an dem Mißverhältnis der Kräfte im Reichstag und nicht zuletzt an dem Widerstand des Reichsrats.

Im Reichstag ist allerdings zusammen mit den Nationalsozialisten und Kommunisten eine Mehrheit für die Aufhebung der Bürgersteuer vorhanden. Allein mit dieser Mehrheit kann man nur einen Beschluß fassen, der auf dem Papier steht. Länder und Gemeinden wollen auf diese Steuerquelle nicht verzichten. Insbesondere der Reichsrat hält die Bürgersteuer

als Einnahmequelle für die Gemeinden für unentbehrlich und würde daher gegen jeden Beschluß des Reichstags, der die Bürgersteuer aufhebt, ohne den Gemeinden dafür einen Ersatz zu beschaffen, Einspruch einlegen. Dieser Einspruch könnte dann vom Reichstag nur überwunden werden, wenn sich eine Zweidrittelmehrheit für die Aufhebung der Bürgersteuer findet. Diese Zweidrittelmehrheit ist aber auch zusammen mit allen radikalen Gruppen nicht vorhanden. Sollte daher die Bürgersteuer nicht unverändert aufrechterhalten bleiben, so gab es nur die Möglichkeit, sie jetzt zu verbessern und in Zukunft den Kampf um ihre völlige Aufhebung mit mehr Aussicht auf Erfolg weiter zu führen.

Konflikt zwischen Zentrum und Nazi

Das Zentrum vermahnt sich gegen halentzerrliche Beleidigungen

In der Sitzung des Rechtsausschusses des Reichstages kam es zu einem heftigen Konflikt zwischen den Nationalsozialisten und den übrigen Parteien.

Der Zentrumsabgeordnete Wegmann erklärte vor Eintritt in die Beratung, die schweren Beleidigungen, die der nationalsozialistische Abg. Dr. Frank II in der Reichstagsitzung gegen das Zentrum gerichtet habe, machten es notwendig, daß die Zentrumsfraktion erst einmal dazu Stellung nehme, ob Zentrumsabgeordneten zugemutet werden könne, unter dem Vorbehalt dieses Abg. Dr. Frank II im Rechtsausschuss zu tagen. Am der heutigen Sitzung eine sachliche Arbeit zu ermöglichen, regte er an, daß Dr. Frank die Verhandlungsführung bis zur Entscheidung des Zentrums an den zweiten Vorsitzenden des Ausschusses abgebe.

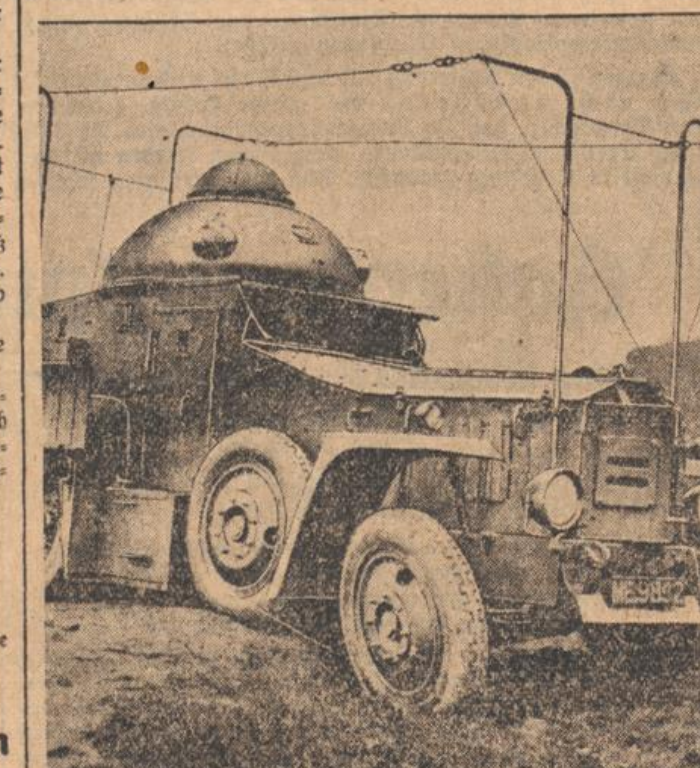
Der Vorsitzende Abg. Dr. Frank II vermahnte sich dagegen und erklärte, eine persönliche Beleidigung der anwesenden Mitglieder des Zentrums habe ihm fernzulegen.

Die nationalsozialistischen Mitglieder des Ausschusses widersprachen der Forderung des Abg. Wegmann.

Schließlich wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Volkspartei, der Christlich-Sozialen und der Bayerischen Volkspartei ein Antrag des Zentrums auf Vertagung angenommen.

Umzugs- und Versammlungsverbot in Bonn

Bonn, 11. Dez. Die Polizeiverwaltung hat heute ein allgemeines Verbot für Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel erlassen.



Neuzeit Kriegstechnik

Der achtköpfige neue englische Panzerwagen
Im Innern des hochgezogenen Mantels befindet sich eine Turmkanone, in der während der Fahrt kabinen drahlende Verbindung mit dem Hauptkanonen aufrechterhalten werden kann. Hier von den acht Ködern des Wagens dienen nur zur Bewältigung unebenem Gelände.

Belgische Sozialdemokratie fordert allgemeine Abrüstung

Der Generalkonvent der sozialistischen Partei Belgiens hielt eine große Debatte ab über die Kreditanfrage der Regierung im Betrage von 300 Millionen Franken für den Bau neuer Festungswerke in Västich, Antwerpen, Namur, Permonde und Gent. Nach der Rede des Berichterstatters Wauters war die ganze Partei fest entschlossen, gegen die neue Abrüstungspolitik eine schonungslose Kampagne zu führen. Sie meint, der Bau neuer Festungswerke ist eine Provokation für die Nachbarländer. De Wauders erklärte, daß die Gefahr für Frieden hin, die in der Bildung einer Liga unzufriedener Staaten in Europa besteht. In dem Tag, an dem ein solches Bündnis im Land wieder bewaffnet wird, wird der Friede bedroht sein, den wir können wir Deutschland die Bewaffnung verweigern, wenn wir selber Artikel 8 des Versailler Vertrages nicht achten! Wir haben, sagte er, keine einzige Entschuldigung mehr, unsere Bewaffnung nicht zu befrachten.

Der „Bahnschuh“ zieht ab

Daß die Vertändigungspolitik doch positive Ergebnisse für Deutschland bringt, muß selbst die deutschnationalen Sozialisten zugeben, indem sie aus Saarbrücken berichten:

Der sogenannte „Saarbahnschuh“, der noch in einem französischen belagerten Detachement in Stärke von 250 Soldaten besteht, läßt beständig gemächlichen Morgen das Saargebiet, damit es das Saargebiet nach zwölf Nachkriegsjahren endlich belagert werden. Allerdings bleibt die internationale Saarregierungskommission nach dem neubestätigten Völkervertrag beständig über die Besatzung im logenannten Unruheherde fremde Schulmilizern bewachen. Im französischen Heereshaushalt figurieren denn auch zwei Grenzbrigaden als Aufhülstruppen.

Die französische Kabinettskrise

Senator Steeg bemüht sich jetzt
Paris, 11. Dez. Der Präsident der Republik hat heute mittag den radikalen Senator Steeg in die Einsätze berufen, um die Bildung des Kabinetts anzuleiten. Der Senat hat heute die Bildung des Kabinetts beschlossen und zu diesem Zweck mit dem Senat bereits seine Bemerkungen um die Kabinettsbildung, deren Verhandlung Barthou und Steeg miteinander. Steeg hat heute mit seinen drei Parteigenossen Daladier, Chastagnier und Herriot Rücksprache.
Steeg hatte weiterhin im Laufe des Nachmittags eine Anzahl Parlamentarier empfangen, so u. a. die Abgeordneten Chastagnier, Franck Bouillon und Danielou. Im übrigen haben die meisten Fraktionen heute nachmittag Sitzungen abgehalten.

Der neue Bundespräsident der Schweiz

Bern, 11. Dez. Die vereinigte Bundesversammlung wählte heute mit 158 Stimmen von 190 gültigen Stimmen den bisherigen Bundespräsidenten, Bundesrat Häberlin, zum Bundespräsidenten für zwei Jahre. Es wurden 26 unbeschriebene Zettel abgegeben, neben dem gültigen. Zum Vizepräsidenten des Bundesrates wurde mit 181 gültigen Stimmen Bundesrat Wolff gewählt. Vier abgeworfene Zettel wurden 26 Zettel, ungültig waren acht.

Warnung vor Nazischwindel

Es soll der Sozialdemokratie wieder einmal etwas angehängt werden
Aus Kiel wird uns geschrieben: Eine List, die in den Parteiblättern bald die Runde machen dürfte, ist von den Hitlerpartei in Schleswig-Holstein erfunden worden. Der Hitlerpartei früher der Kreisrentenkasse in Oldenburg in Soltau der Kreisrentenkassen von mehr als 16000 M. bezeugen. Erhaben der Führer bis zur letzten Kommunalwahl bürokratisch der Partei war und nie der SPD angehört hat, wird er in der Partei der SPD und in deren Versammlungen als Diktator der Partei und dem Schlawort: Die SPD, die Partei der Arbeiter. Vor diesem neuen Schwindel wird gewarnt.

Freistaat Baden

Die Tagesordnung der nächsten Landtags-Sitzung

Die nächste Vollversammlung des Badischen Landtags findet am **Diens- tag, den 16. Dezember**, nachmittags halb 4 Uhr, statt. Es ist eine umfangreiche Tagesordnung vorzulegen und zwar kommen zur Verhandlung die Anträge der Kommunisten und des So. Volksdienstes über die Notstandsmaßnahmen usw., ferner die in der Zeit vom 4. bis 20. November 1930 erteilten Administrativverfügungen und schließlich eine Reihe von Interpellationen, so der Nationalsozialisten betr. Steuernachlass für die Landwirtschaft, betr. Nichtbefreiung Neubau der Hebelberger Universität, der Deutschen Nationalen betr. unschlüssige Beschäftigung hiesiger Beamten bei Privatbauarbeiten, der Sozialdemokraten betr. Ständische Vorzüge an der Universität Heidelberg und des Abg. Schmidt-Breiten (Wittlich, Kopt.) betr. den Hochschullehrer Dr. Gumbel an der Universität Heidelberg. Außerdem sind noch einige Gesuche zu verabschieden. Der Landtag wird wohl bis zum Wochenende tanzen.

Vor der Entscheidung im Fall Schmich

Die Karlsruher Zeitung teilt zum Fall Schmich mit: Das Justizministerium ist nicht beunruhigt, von der Sache irgendwelche Maßnahmen zu nehmen; denn die Gerichte sind nach Artikel 102 der Verfassung unabhängig, die Justizverwaltung muß deshalb den Anschein einer Beeinflussung vermeiden. Das sollten sich aber auch alle die Kreise angelegen sein lassen, und danach handeln, daß die verfassungsmäßige Unabhängigkeit der Gerichte als eine Grundlage des Rechtsstaates anerkennen und für unantastbar halten. Dabei sollte auch der 2. Teil jenes Artikels der Reichsverfassung überdacht werden, nach dem die Gerichte nur an die Gesetze gebunden sind. Diese Bindung erstreckt sich auch auf die gesetzlichen Auslegungen des Wiederaufnahmeverfahrens in Strafsachen; sie ist in § 359 der Strafprozedurordnung im Einzelnen aufgeschlüsselt und bestimmt. Nur wenn eine dieser Voraussetzungen gegeben ist, kann das Gesetz die Wiederaufnahme zulassen, andernfalls muß sie abgelehnt werden, und ob eine der Voraussetzungen gegeben ist, darüber hat das oberste und unanfechtbare Obergericht zu entscheiden. Seine Entscheidung muß abwartet und hingenommen werden.

Ein Erlass zum Abgangsausweis. Das Badische Unterrichtsministerium hat an sämtliche Schulen einen Erlass gerichtet, wonach bei der Abgangsausweis zur Entlassung kommenden Schülern die Besondere Note „adelnwert“ in Zukunft nicht mehr gegeben werden darf, um die Schüler in ihrem Fortkommen nicht zu schädigen.

Zusätzlicher Schulunterricht für jugendliche Erwerbslose

Maßnahmen Preußens

Ein Erlass des preussischen Handelsministers wird zur Regelung der Arbeitslosigkeit angeordnet, daß vom 1. Januar 1931 allen jugendlichen Erwerbslosen ein zusätzlicher Schulunterricht an Berufsschulen erteilt werden muß. Arbeitslosen Jugendlichen, die noch der Berufsschulpflicht unterliegen, soll ein zusätzlicher Schulunterricht von 12-18 Stunden wöchentlich, nichtschulpflichtigen Jugendlichen ein solcher von 18-24 Stunden erteilt werden. Die Vorarbeiten für die Durchführung dieses Erlasses an die Verwaltungspräsidenten sollen unverzüglich aufgenommen werden. Der Handelsminister richtet an alle für die Betreuung der erwerbslosen Jugend in Betracht kommenden Stellen — Berufsschulen, Jugendamt, Arbeitsamt, Berufsberatung, Berufsverbände, private Beschäftigungseinrichtungen — gleichseitig den Appell, die Durchführung der neuen Maßnahmen zu unterstützen.

Theater und Musik

Badisches Landes-Theater

Neu einstudiert: Der Evangelimann

Am 9. Dezember waren es 25 Jahre, daß man die Wilde-Strauß'sche „Salome“ in Dresden uraufführte. Die ganze musikalische Welt hat damals den Atem angehalten. Die Aufführung bildete einen Wendepunkt in der Geschichte der Oper, nicht nur der deutschen, sondern des gesamten Opernwesens überhaupt. Strauß besaß mit seiner genialen Salome eine Revolution herauf, die die Opernformen verjüngend und anregend wirkte. Man hätte annehmen sollen, daß dieser Tag nicht unbeachtet an unserer Staatsoper vorbeigehen würde, zu deren vornehmsten Pflichten und Aufgaben es doch gehört, wichtiger Daten der Oper sowohl als des Opernwesens zu gedenken. Strauß ist heute zu den größten Tonkünstlern nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt zu rechnen. Immer noch wird er als Revolutionär angesehen, trotzdem er seinem eigenen Eingeständnis bei einem Donaueschinger Konzert „Ichon zum alten Eisen gehört“. Statt der erhofften „Salome“ luderte man am 9. Dezember Kienzl's „Evangelimann“ neu ein. Man will im Laufe des Januar, anlässlich des 74. Geburtstages Kienzl's, ihn selbst zu einer Aufführung als Gastdirigent einladen. Die Verdienste Kienzl's in allen Ehren — aber man muß sagen: uniere vier jungen Kapellmeister verpassen die schönste Gelegenheit, um unsern reichlich verkasteten Opernstapelplan des Blut auszuführen. Die allen berühmten „Jugendlichen“ ist es auch dem „Evangelimann“ gegangen. Er ist Lindenbüßer gemorden und nur in der verdächtigsten Begleittheit holt man ihn wieder hervor. Er kann die jüngere Tränenbrühen nicht mehr reizen. Zu seiner Zeit sollte er ein naturhaftes „Musikalisches Schauspiel“ sein. In Wirklichkeit ist er ein sentimentales Rührstück, das damals auf einige Wirksamkeit rechnen konnte, heute aber vollständig überlebt ist. Auch die Aufführung hat die Gefahr dieser Neuentdeckungswelt nicht vermieden. Das Publikum, das sich doch größtenteils aus musikalischen Laien zusammensetzt, will sich orientieren und wird durch die Schmähwerke nur noch tiefer in Verwirrung gestürzt. — An der Aufführung haben Soloperdona, Chor und Orchester ihre besten Kräfte gesetzt. Joseph Keilberth hat mit großer Ruhe, überlegener Sicherheit und genauerer Partiturkenntnis das sehr schwierige und anspruchsvolle Werk geleitet. Trotz dieser Orchesterbelegung konnte die Solisten, unter denen sich Emma Seibelich (Martha), Marie Saberkorn (Magdalena), Adolf Schupfkin (Johannes), Maria Ziffen (Katharina) besonders hervorzeichnen, himmlisch schön singen. Da Josef Keilberth sich um eine sorgfältig abgedümmte Aufführung mühte. Auch die kleinen dankbaren Rollen waren trefflich besetzt, so: Robert Kiefer (Zittrbart), Karlheinz Pöcher (Herrmann), Josef Gröckinger (Wibler), Magdalena Bauer (Katharina), Hermine Burk (Frau Huber), Eugen Kalnsch (Ludwig), Josef Gröckinger (Nachtwächter) und Frieda (Ludwig).

Aus aller Welt

100 000 Mark veruntrent

BRN, Berlin, 11. Dez. Wegen schwerer Veruntreuung wurde, wie das Berliner Tageblatt aus Schwerin meldet, der frühere Zeitungserheber und ichine Rechtsbeistand Wilhelm Roth (Schwerin) und der Kaufmann August Starzard vom Untersuchungsrichter vernommen und dem Schweriner Justizamt zugewiesen. Die Verhafteten wurden beschuldigt, sich aus dem Vermögen des Unterstützungsvereins Nothilfe e. V. Schwerin widerrechtlich Gelder, die sich auf annähernd 100 000 M belaufen sollen, angeeignet zu haben. Die Nothilfe hatte mit ihren etwa 9000 Mitgliedern schätzungsweise eine Einnahme von 200 000 M gehabt. Die Veruntreuungen der beiden Verhafteten sind sehr geschickt verdeckt, so daß eine endgültige Klärung lange Zeit in Anspruch nehmen wird. Durch die Maßnahmen der Verhafteten sind die durch die allgemeine soziale Notlage schon ohnehin leidenden ärmsten Bevölkerungsteile auf das schwerste betroffen.

Seit Monaten überfällige Flieger aufgefunden

Bancouer, 11. Dez. Fast zwei Monate lang hatten kanadische und amerikanische Flieger die vermissten Flieger Burke, Rabina und Marten, die seit Anfang Oktober im Felsengebirge vermisst worden waren, gesucht. Heute wird nun gemeldet, daß Rabina und Marten völlig erschöpft in den öden Gebieten des Nordens in einem Lager neben der Leiche Burkes gefunden wurden. Von den Fliegern, die die Suche nach den Vermissten aufgenommen hatten, sind seit Ende Oktober drei verstorben.



Professor der Freizeitsport

Freizeitsport Professor Reichel bei der Ausübung seines Amtes. Der Freizeitsport Karl Reichel, ein geborener Badener, Sieger in vielen internationalen Freizeitsportwettbewerben, ist seit von der Wiener Akademie für seine großen Erfolge auf dem Gebiet der Sporttrichterfindung zum Professor ernannt worden.

Deutscher Dampfer gefährdet

London, 11. Dez. Bloods melden aus Kobe, daß der dem Norddeutschen Lloyd gehörige Dampfer „Schlesien“, der von Bremen und Rotterdam nach Moji unterwegs war, auf der Westseite der Boshotenstraße (Kissho) in der Nähe der Awabashi-Insel gestrandet ist.

Bremen, 11. Dez. Zu der Meldung über die Strandung des Norddeutschen Lloyd Dampfers „Schlesien“ an der Südküste von Awabashi, 30 Seemeilen von Kobe entfernt, wird ergänzend berichtet, daß von Moji bereits ein Bergungsdampfer nach der Unfallstelle beordert ist. Eine Gefahr für Schiff und Mannschaft soll nicht bestehen.

Ungezügelter Autogast

Ein bedenkliches Abenteuer stieß einem Kaufmann aus Rennes an, der auf der Landstraße eine Ordensschwester angetroffen und sie gebeten hatte, bei ihm im Automobil Platz zu nehmen. Zu seiner großen Überraschung mußte er feststellen, daß die angebliche Schwester nicht nur mit einer Männerstimme redete, sondern auch über ein Paar solide Schloßeräufte verfügte. Ohne die Ruhe zu verlieren, simuliert der Kaufmann eine Panne und bat die Schwester, auszusteigen. Kaum hatte die angebliche Schwester den Fuß auf den Boden gesetzt, als der Kaufmann in rasendem Tempo davonfuhr. Wie recht er mit seiner Taktik hatte, bewies die von der angeblichen Schwester im Wagen zurückgelassene Leiche, in der sich zwei Revolver und zahlreiche andere Verbrechenwerkzeuge befanden.

Nationalsozialisten für Schlägermenjur

Berlin, 11. Dez. Die Nationalsozialisten haben im Reichstag einen Antrag zur Änderung des Strafbuchbuches eingebracht, wonach die jugendlichen Schlägermenjuren nicht als Zweikampf gelten sollen, wenn die üblichen Vorsichtsmaßnahmen angewendet werden.

Die Indientenkonferenz

London, 11. Dez. Wie Reuters erfährt, nimmt Macdonald an den Arbeiten der Indientenkonferenz aktiv in der Rolle eines Vermittlers teil, um die Streitigkeiten zwischen Hindus und Moslems abzumildern, die gegenwärtig den Fortschritt der Konferenz stören.

Deutsche Kinokrawalle in englischem Lichte

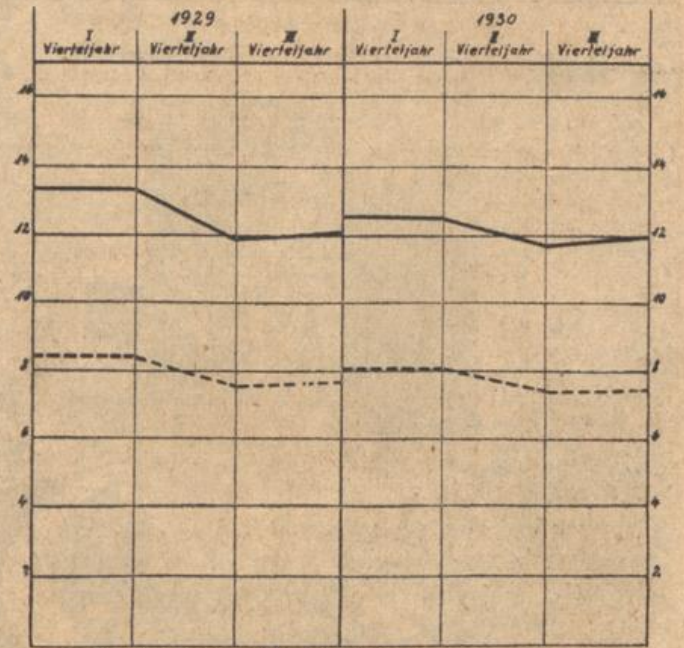
Das Organ der Labour Party über den „gefährlichen Geisteszustand der deutschen Faschisten“

Zu den Demonstrationen der Nationalsozialisten gegen den Komarow-Film schreibt der Daily Herald: „Diese Ausschreitungen zeigen mit großer Klarheit den sehr gefährlichen Geisteszustand der deutschen Faschisten. Die Millionen Menschen, die in London den Film gesehen haben, wissen sehr gut, wie lächerlich die nationalsozialistische Behauptung ist, er sei deutschfeindlich. In Wahrheit sind die Nazis gegen den Film, weil er sich gegen den Krieg richtet, und er ist in der Tat die beste propagandistische Propaganda, die wir seit Jahren hatten, und darum wurde er in London lebhaft begrüßt. Präsident Hindenburg würde gut tun, sich dem Verlangen nach dem Verbot des Films zu widersetzen, denn wenn ein solches Verlangen Erfolg hätte, so würde das einem zivilisierten Volk wenig Kredit bringen!“

Der Fleischverbrauch sinkt

Jede Wirtschaftskrise charakterisiert sich durch eine Einschränkung der Lebenshaltung. Das reduzierte Einkommen gestattet nicht, gerade die wertvolleren Lebensmittel in dem Maße zu kaufen, wie das in der Konjunkturzeit der Fall war. So wird besonders der Fleischkonsum eingeschränkt. Für die Leistungsfähigkeit unserer Arbeiterschaft ist das eine äußerst bedenkliche Entwicklung. Das schnellere Arbeitstempo in unserer Wirtschaft setzt gerade einen genügenden Fleischkonsum voraus.

Das Statistische Reichsamt berechnete den Fleischverbrauch, ohne Fett, für das dritte Vierteljahr 1929 mit 7,83



Millionen Doppelzentnern. Die Mengen sind im dritten Vierteljahr 1930 auf 7,78 Millionen Doppelzentner abgesunken. Pro Kopf bedeutet das eine Verringerung des Fleischkonsums von 12,25 Kilogramm im dritten Vierteljahr 1929 auf 12,11 Kilogramm im dritten Vierteljahr 1930. Während im ersten Vierteljahr 1930 der Fleischkonsum pro Kopf noch 12,73 Kilogramm ausmachte, verringerte er sich im Laufe eines halben Jahres auf 12,11 Kilogramm. Zu Vergleichszwecken sei erwähnt, daß der Fleischkonsum pro Kopf im ersten Vierteljahr 1929 13,4 Kilogramm betrug.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß die von uns angegebenen Zahlen die Verhältnisse nicht richtig treffen. Das Abklingen des Fleischkonsums pro Kopf in Arbeitertreuen ist viel größer. Zu einem größeren Rückgang kommt man auch, wenn man die verbrauchten Fleischmengen in Beziehung zu der fleischverbrauchenden Bevölkerung setzt.

Arbeitslosetumulte in Turin und Mailand

von Filippo Turati, Paris

In Mailand und Turin haben seit Ende November zahlreiche Unruhen der Arbeitslosen stattgefunden. Arbeitslose haben die Bäckereien gestürmt und Kundgebungen vor dem Rathaus und den Regierungsgebäuden veranstaltet. Diese Kundgebungen wiederholten sich seitdem fast täglich und die Arbeitslosen nehmen daran zu Tausenden teil. Die Polizei ließ diesen Kundgebungen ohnmächtig gegenüber; die tatsächliche Wut wird angesichts der Erregung der Massen in den Straßen zurückgedrängt.

Wir hatten angenommen, daß die Zahl der Konkurse mit 1452 im September dieses Jahres (gegen 66 im Monatsdurchschnitt 1920 — also vor dem Faschismus!) einen Rekord bedeuten würde. Diese Annahme war falsch; im Oktober 1930 wurde der Rekord mit 1785 geschlagen.

Die Zahl der zu Protest gegebenen Wehjel, die im Oktober 1929 79 356 betragen hatte, ist — trotz größter Einengung der Wirtschaft — im Oktober 1930 auf 85 716 gestiegen.

Derselbe Rekord auf dem Gebiet der Arbeitslosen! Die Zahl der Arbeitslosen, die Ende September dieses Jahres nach den Veröffentlichungen der staatlichen Versicherungskasse Italiens 394 360 betragen hatte (man

Das Buch von Henni „Der Todeskampf der Freiheit“, dessen Abend zur Zeit in unsem Blatt läuft, ist in unierer Buchhandlung zum Preise von 2,75 M zu haben.

weiß, daß diese Ziffern ungefähr verdreifacht werden müssen, um die wirkliche Zahl zu erhalten!), ist Ende Oktober auf 446 496 angestiegen (Ende Oktober 1929 betrug sie 297 382). Die Arbeitslosigkeit ist besonders stark in der Landwirtschaft, der Jagerei und der Fischerei, wo sie von September auf Oktober dieses Jahres von 89 303 auf 108 879 gestiegen ist; die der Industrie der Erden und im Baugewerbe im gleichen Zeitraum von 94 988 auf 110 305, in der Textilindustrie von 67 807 auf 71 695, in der Metallindustrie von 33 439 auf 36 443. (Alle diese Zahlen sind den Veröffentlichungen des Statistischen Amtes entnommen.)

Und alles das im jetzigen Augenblick, in dem Mussolini zu behaupten wagt, daß die wirtschaftliche Krise den Höhepunkt überschritten habe und die Kurve im Begriffe sei, sich zu senken!

Gegen spröde Haut

NIVEA
CREME

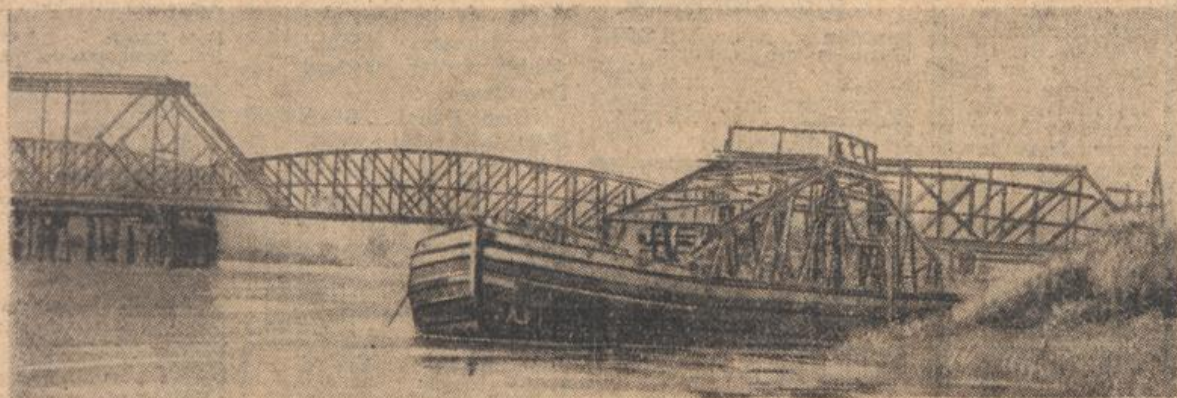
bei Regen, Wind u. Schnee

Aus dem Reich der Technik

Bau der Oderbrücke Zäckerick-Alt-Rüdnitz

Ein bemerkenswerter Bauvorgang

Die Oderbrücke bei Zäckerick-Alt-Rüdnitz, mit der die eingleisige Strecke Briesen-Zäckerick an das Oberthal überführt wird, zur Zeit durch einen stromaufwärts liegenden Neubau ersetzt, der Ende dieses Jahres in Betrieb genommen werden soll. Alte und neue Brückenanlage bestehen aus je zwei, durch eine Dammschleife getrennten Brückenzügen — einer über dem Stromlauf, einer über dem Vorgefelde.



Ueberbau vor der Verschiebung. Vorn der zur Verschiebung dienende Kahn mit Verteilgerüst. Hinten alte Brücke.

Die Ueberbrückung des Vorgefeldes besteht aus neun kleinen Öffnungen von 36,5 Meter Stützweite und bietet nichts Besonderes. Die Nebenschiffungen des Brückenzuges über die Oder haben ebenfalls 36,5 Meter, die alten Stromöffnungen 64 Meter Stützweite. Bei den neuen Stromöffnungen ist zur Verbesserung der Schiffbarkeit der Stromweiler 3 Meter gefallen, so daß sich ein Ueberbau mit 128 Meter Stützweite ergab. Die Strombauverwaltung verlangte, daß während der Aufstellung dieses großen Ueberbaues die Durchfahrt in Strommitte auf die Breite von 64 Metern von allen

über der von Gerüsten freien Strommitte liegt. Dann wird auf dem frei gewordenen Gerüst die zweite Trägerhälfte zusammengesetzt und mit der erstgebauten Hälfte in Verbindung gebracht, worauf schließlich das Aufstellengerüst wieder entfernt werden kann.

Das skizzierte Verfahren der Längsverschiebung ist von der Reichsbahndirektion Stettin bereits vor einigen Jahren beim Bau der Westoderbrücke bei Stettin im Zuge der Güterumgehungsbahn mit gutem Erfolg angewandt worden. Der zu verschiebende Ueberbauteil ist dabei mit dem vorderen, über das Gerüst ausragenden Ende auf einem oder zwei

Rähnen, mit dem hinteren Ende auf zwei Verschubwagen, die auf dem Aufstellengerüst entlangfahren. Es handelt sich also um eine Vereinerung von Einfahren und Einschweben.

Die Längsverschiebung des ersten, 80 Meter langen und rund 500 Tonnen schweren Ueberbauteils der Oderbrücke in Zäckerick wurde Sonnabend, den 27., und Sonntag, den 28. September planmäßig mit gutem Gelingen durchgeführt. Sonnabend kurz nach Mittag wurde nach vorheriger Sperrung der gesamten Oderhochfahrt der Einschwebtahn von 700 Tonnen Tragfähigkeit, der mit einem langen eisernen Gerüst zur Verteilung des Auflagedrucks ausgerüstet war, unter das vortragende Ende untergefahren, durch Halteleile nach mehreren Seiten im Strom verankert und mit dem Ueberbau verpannt und verfestigt, nachdem genügend Ballastwasser in den Kahn eingepumpt war.

Sonntag früh wurde dann der Kahn durch Auspumpen von Wasserballast angehoben, bis sich der Ueberbau von den Unterlagungen abhob.

Gegen 11 Uhr war der gesamte Verschiebungsweg von 48 Metern zurückgelegt und die Spitze des Ueberbaus über Pfeiler 4 angekommen. Nun wurde durch Einpumpen von Ballastwasser der Kahn abgelenkt und der Ueberbau auf die Klotzlager abgesetzt, die auf Pfeiler 4 vorbereitet waren. Nachdem der Kahn noch weiter gesenkt, alle Verbindungen zwischen Kahn und Ueberbau gelöst und alle Halteleile (Verankerungen) eingeholt waren, konnte gegen 4 Uhr der Kahn ausgefahren und die Schiffsahrt wieder freigegeben werden. Am folgenden Tag wurde der Ueberbau durch Pumpen, die am vorderen Ende des Gerüsts angelegt waren, angehoben und die Verschubwagen ausgebaut; anschließend begannen die Arbeiten für die Aufstellung des zweiten Ueberbauteils.

Die Längsverschiebung, die bis in alle Einzelheiten genau vorbereitet war, wurde wie alle anderen Aufstellungsarbeiten an den eisernen Ueberbauten von der Stettiner Brückenbauanstalt J. Gollnow u. Sohn ausgeführt.

fungsmittel und ist, gleichviel ob Benzin oder Benzol oder ein anderes Mittel verwendet wird, mangels geeigneter Einrichtungen viel schwieriger und weniger erfolgreich durchzuführen, als dies in den Wäschereien, die über eine Spezialpraxis zu verfügen pflegen, möglich ist. Es kommt hinzu, daß alle Lösungsmittel, in größeren Mengen verwendet, eine physiologische Wirkung ausüben; Benzol zum Beispiel ist sehr giftig, seine Einatmung hat schwere Kopfschmerzen zur Folge.

Für alle jene Zwecke aber, für die heute Benzin und Benzol in kleinen, physiologisch unschädlichen Mengen verwendet werden, zum Beispiel als Hausmittel für gelegentliche Reinigungs- und Entfernung einzelner Flecke aus Kleidung und sonstigen Geweben usw., sollten der Ungefährlichkeit wegen nur die erwähnten unbrennbaren Lösungsmittel verwendet werden. Die Feuer- und Explosionsgefahr ist ein so unschätzbare Vorteil, daß keine Hausfrau, die sich ihrer Verantwortung selbst und den ihren gegenüber bewußt ist, noch länger feuergefährliche Flüssigkeiten im Haus vorrätig halten und verwenden wird. Es ist an der Zeit, daß sich auch die Hauspraxis der durch die Fortschritte der Chemie gebotenen neuen Möglichkeiten bedient, damit Unfälle, wie der eingangs erwähnte und alle die zahlreichen größeren und kleineren Schäden, die täglich durch die feuergefährlichen Stoffe verursacht werden, endlich der Vergangenheit angehören.

Romar-Flugboot

Nach einer Weidung der Rohrbach-Metallflugzeugbau hat das „Romar“-Flugboot in der letzten Zeit zahlreiche Erprobungsflüge ausgeführt, die alle befriedigend verlaufen sind. Die Schwimmfähigkeit desselben ist wegen der früheren Unfälle von zwei „Romar“-Flugbooten besonders sorgfältig erprobt worden. Das Wetter bei den Versuchen war zum Teil sehr stürmisch, so daß einmal die Versuche abgebrochen werden mußten, da sie sonst keine einwandfreien Messungen ergeben hätten.

Die Versuche wurden so ausgeführt, daß einzelne Räume des auf dem Wasser schwimmenden Flugbootes bis zur Höhe des äußeren Wasserpiegels mit Wasser gefüllt wurden, also der Zustand des Bedeckens einzelner Räume künstlich erzeugt wurde. — Die Versuche haben ergeben, daß in allen diesen Fällen das Flugboot schwimmfähig blieb und auch positive Längs- bzw. Querstabilität besaß. Das Ergebnis der Dichtungsprüfung war zusammengefaßt, daß die Schotten und Schottüren in der augenblicklich bestehenden Ausführung bei diesen Versuchen sich gut bewährt haben und den Ansprüchen hinsichtlich Dichtigkeit voll und ganz genügen. — Die Versuche erstreckten sich auch auf die Eigenschaften der „Romar“-Schleppvorrichtung. So wurden mit der „Romar“ weitgehende Schleppversuche bei Windstärke 5 gemacht. Diese ergaben, daß das Boot in allen Richtungen zum Wind gut geschleppt werden kann und auch seinem Wasserfahrtruder gut gehorcht, wenn es mit wenigstens 4 Meilen Fahrt durchs Wasser geschleppt wird. Es ist aufgefallen, daß die Maschine dabei bei allen Fahrstufen sehr ruhig lag. Da, wie die Erfahrung gezeigt hat, das Schleppen von manchen anderen Flugboot-Typen eine nicht ungefährliche Angelegenheit ist, bedeuten diese Versuchsergebnisse einen erfreulichen Fortschritt.

Akkumulatoren

Akkumulatoren werden sehr oft als eine Art Behälter zur Speicherung von Elektrizität angesehen. Diese Anschauung ist jedoch falsch. In einem Akkumulator wird, wie in jeder anderen elektrischen Batterie, die elektrische Energie aus der chemischen Energie der verwendeten Zellen gewonnen.

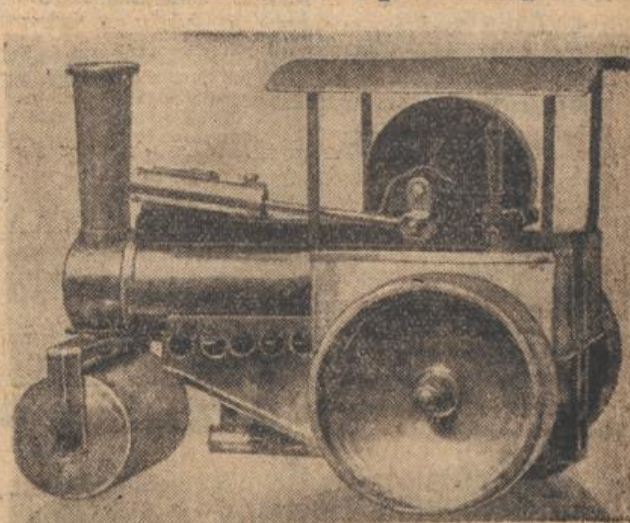
Der Akku besteht aus zwei oder mehreren Bleiplatten, die in eine Lösung verdünnter Schwefelsäure eintauchen. Zum Aufladen verbindet man die Platten über einen Vorhaltwiderstand mit einem Gleichstromnetz, wobei durch den Stromdurchgang durch die Lösung die chemische Zusammensetzung der positiven Platte verändert wird. Das Blei wird in Bleiperoxyd umgewandelt.

Bei der Entladung überziehen sich beide Platten mit Bleisulfat. Diese Verbindung hat die Eigenschaft, sich bei einem erneuten Ladevorgang wieder in reines Blei an der negativen Platte und in Bleiperoxyd an der positiven Platte zu verwandeln. Der Akkumulator kann also immer wieder neu aufgeladen und entladen werden.

Akkumulatoren werden zu den verschiedensten Zwecken verwendet. Sie dienen als Kraftquelle bei Elektrotaxen, als Anlauf- und Lichtbatterien bei Automobilen, zur Röhrenheizung von Radiosendungen usw.

In Amerika wird außer dem normalen Bleiakkumulator der sogenannte Edison-Akkumulator häufig verwendet. Bei dem Edison-Akkumulator bildet das Gehäuse aus Eisen den negativen Pol, während die positiven Platten aus Nickelperoxyd bestehen. Statt Schwefelsäure wird im Edison-Akku Natronlauge verwendet. Bei gleicher Leistung wiegt ein Edison-Akku etwa 40 Proz. weniger als ein Bleiakku.

Technisches Spielzeug



Die Dampfwalze mit Heißluftantrieb

Fort mit den feuergefährlichen Flüssigkeiten!

Ein Mahnwort an die Hausfrau.

Vor kurzem ging die Nachricht eines Unglücks durch die Zeitungen, das durch seine Tragik tief erschütterte. Ein Mann handierte mit seinem Feuerzeug, die Benzinkolbe fiel um, das auslaufende Benzin ergoß sich über die Kleidung und entzündete sich an der Flamme des Feuerzeugs, im Nu stand der Unglückliche lichterloh in Flammen; von unerträglichen Schmerzen gepackt, sprang er in seiner Verzweiflung aus dem Fenster auf die Straße, um mit zerstückelten Gliedern leblos liegen zu bleiben. Dieser Fall ist keineswegs vereinzelt, er zeichnet sich nur durch seine besonderen Begleitumstände aus. Ein Blick in die Statistik zeigt, daß sich täglich und gerade im Kleinverbrauchs, im Haushalt, Unfälle mit brennbaren Flüssigkeiten ereignen, die in ihrer Gesamtheit unermeßliche Schäden an Menschenleben und Sachwerten zur Folge haben.

Es kann gar nicht zweifelhaft sein, daß diese Schäden in einem großen Maße durch die Verwendung von Benzin, Benzol und dergleichen zu Reinigungszwecken usw. nicht. Der Laie, der nicht selbst von einem solchen Unglück heimgeleitet wird, ist nur allzu leicht geneigt, logischerweise von „Unvorsichtigkeit“ und „Fahrlässigkeit“ zu sprechen. Der Sicherheitsmann dagegen, der die Gefahrenquellen kennt, weiß nur zu gut, wie schwankend solche Begriffe sind und wie wenig sie den Kern der Sache treffen. Er weiß, wie schwer die Grenze zwischen dem Unkenntnis der Gefahren und der ausgeprochenen Fahrlässigkeit zu ziehen ist. Er fragt sich, ob von einer Hausfrau, die vielleicht alle vierzehn Tage oder noch seltener einmal die Benzinkolbe herbeiholt, um Kleidungsstücke zu reinigen, erwartet werden kann, daß sie sich der zahlreichen Gefahrenquellen dabei reiflich bewußt ist. Wird sie sich der leichten Flüchtigkeit dieser Stoffe, der geringen Beimengung zur Luft, die bereits explosive Gemische liefert, der hohen Dampfdrucke, die bei verschlossener, der Sonnenstrahlung ausgesetzten Flaschen auftreten können, der Eigenschaften der Dämpfe, herabzuwandelten der Zündungsmöglichkeiten, zum Beispiel durch Funken beim Auftreten Schube auf Steinböden, durch Funken am Kollektor des Heizmotors oder Staubsaugers und der hundert anderen Gefahrenquellen und gefährlichen Zufälligkeiten reiflich bewußt sein können, etwa so, wie es der Fachmann ist (oder doch sein soll!) der täglich und von Berufs wegen mit dergleichen Stoffen hantieren

muß? Diese Frage ist mit einem glatten Nein zu beantworten. Es wird selbst bei sorgfältigster Auffassung und häufiger Ermahnung immer wieder Fälle geben, in denen die eine oder andere Vorsichtsmaßnahme außer acht gelassen wird. Ist gar schon beim Fachmann, der beruflich mit feuergefährlichen Flüssigkeiten zu tun hat, mit der Zeit, wenn er sich mit den Gefahren vertraut glaubt, regelmäßig ein Nachlassen der Vorsicht und Umsicht festzustellen, um wieviel mehr fällt der Nichtfachmann Gefahr, dieser allgemal menschlichen Eigenschaft zum Opfer zu fallen!

Unsere Zeit strebt nach Sicherheit und Schutz von Gesundheit und Sachwerten auf allen Lebensgebieten. „Zuerst die Sicherheit!“ ist ihr Leitmotiv. Unter diesem Gesichtspunkt muß immer wieder betont werden, daß feuergefährliche Flüssigkeiten wie Benzin, Benzol und dergleichen nicht ins Haus gehören. Ihre Reichentzündlichkeit und Explosionsgefahr schließt sie für die Verwendung durch den Laien aus.

Sobald aber die Forderung aufgestellt wird — und sie kann kaum nachdrücklich genug erhoben werden —, Benzin, Benzol und dergleichen aus dem Haushalt zu entfernen, ergibt sich für die Hausfrau, die in diesen Stoffen wertvolle Hilfsmittel zur Reinigung, Entfaltung von Kleidungsstücken und ähnliche Zwecke schon gelernt hat, die Frage, was sie an ihrer Stelle verwenden soll. Diese Frage ist keineswegs so schwierig zu beantworten, wie man angesichts der langjährigen und verbreiteten Verwendung der feuergefährlichen Flüssigkeiten im Haus erwarten sollte. Die moderne Chemie liefert uns tatsächlich Lösungsmittel, die völlig unbrennbar und unerprobbar sind und die den bisherigen feuergefährlichen Stoffen nicht nur gleichwertig sind, sondern sie in der Vielfältigkeit ihres Verwendungszweckes noch erheblich übertreffen. Der wichtigste Vertreter dieser Lösungsmittel ist der Tetrachloräthylkohlenstoff, kurz Tetra genannt, eine wasserhelle Flüssigkeit, die völlig unbrennbar ist, daß sie sogar in größtem Umfang als Feuerlöschmittel für bestimmte Zwecke, zum Beispiel Autoslöcher, verwendet werden kann. Sie kommt unter verschiedenen Bezeichnungen in den Handel, zum Beispiel in der Metallreinigung (Autogaragen, Werkstätten in der Gummiindustrie und in vielen anderen Zweigen) ist Tetra ein unerprobliches Hilfsmittel geworden. In den chemischen Wäschereien ist er zum Entfalten von Kleidungsstücken (chemische Wäsche) stark verbreitet und ermöglicht einen völlig gefahrlosen Betrieb verbunden mit hoher Reinigungswirkung. Die Hausfrau wird unter allen Umständen sich daran tun, größere zu reinigende Kleidungsstücke und ähnliche Objekte in der Wäscherei sachmännischer bearbeiten zu lassen. Die Behandlung solcher Gegenstände im Haus erfordert meist größere Mengen Lö-

Der Todeskampf der Freiheit

Von
Pietro Nonni



Die Bestiennatur des Faschismus



erschienen 1930 bei Verlag J. S. W. Dieckmann, G.m.b.H., Berlin.
(Alle Rechte vorbehalten)

Die nationalsozialistische Presse hatte begonnen, gegen Bissolati zu hetzen, wie man eine Meute gegen den Hirsch hetzt. Man vergaß es, daß er — obwohl mehr als 60 Jahre alt — ein Gemeiner genommen hatte und als Alpenjäger an die Front gezogen war. Man vergaß die der Regierung geleistete Dienste. Man vergaß, daß er nach Karfreit die wahre Seele des Widerstandes gewesen war. Und es war derselbe Bissolati, der vor sieben oder acht Jahren Bissolatis Ausweisung aus der sozialistischen Partei gefordert hatte wegen Verstoßens des Patriotismus, der ihn heute verleumert, beschimpft und einen Kroatien dieß! In jenem Abend des 19. Januars, an dem sich die Hauptstadt der Lombardie in einen Rebell hüllte, als schäme sie sich dessen, was in der Morgens, wurden die ersten Worte einer nationalsozialistischen Rede gesprochen, die als Trauerpiel enden sollte.

Schon vor der Eröffnung des Saales war der Platz vor dem Café Cova, dem Rendezvous des Adels und der Pöbelgänger, vor dem Leonardo-Denkmal bildeten sich immer neue Gruppen. Meist waren es junge Kriegsteilnehmer, die einander die gebrochene Opfer vormarschen, sich auf die Knie und Verfümmelungen berieten, um ihre entseelten Thesen zu verteidigen. Auf dem Platz, dessen Mitte im Nebel verschwammen, schien das alte, kampffrohe, wackelige, wortreiche Italien in seiner Zersplitterung in Gruppen und Parteien wieder erwacht nach langem Schlafe. In dichten Kolonnen, die man hörte, ehe man ihrer gewahr wurde, begann man jetzt den Saal zu besetzen. Hier und dort wurden Kriegslieder angestimmt. Die ehemaligen Kämpfer — entfaltet ihre schwarze Fahne. Eine Schar Naturisten machte unerhörten Spektakel. Aus den Logen klangen spitze, freischende Frauenstimmen: „Hoch das italienische Dalmatien, hoch Sonnino!“ Von einer Loge zur anderen wurde getritten. Im Parterre gab es schon ein Handgemenge. Von Olymp ertönten die Stimmen der Arbeiter: „Friede, Friede!“

Man wird es still. Bissolati erscheint auf der Bühne, umgeben von Heimkehrern mit Kriegsmedaillen und mit Kriegsgewehren. Beifall wird laut, dann Schweigen. Von einer Seite ruft man: „Es lebe der Friede!“

„Es lebe Dalmatien!“ rufen die anderen. Die Mussolinisten, die ihren Führer umgeben, sind wutentbrannt. Sie schreien sich in eine Loge zurück, vor deren Eingang Bewaffnete Wache halten. Sie sind fest entschlossen, die Rede zu unterbrechen. Mussolini heugt seinen glattrasierten Kopf nach vorne und brüllt: „Er soll nicht reden, er soll nicht reden!“

Nach einer halben Stunde ist ein Augenblick, wenn man die Ruhe, so doch verminderten Tobens zu erlangen. Bissolati spricht. Aber die Unruhe läßt seine Worte nur unklar verständlich werden. Er sagt, daß der Krieg für Italien nur dann eine Quelle der Kraft und des Prestiges sein kann, wenn Italien gerecht ist. Er erkennt das Recht jedes Landes als italienische Stadt an, aber er befreit, daß Dalmatien italienischer Boden sei, und rät von der Annexion Südtirols ab. Jeder Satz wird durch Beifall unterbrochen. Zeitweilig hört man die Stimme des Redners gar nicht. Jetzt spricht er von der schwierigen Aufgabe des Völkerbundes, wie ihn Wilson eben vorgetragen hat. Er spricht von der Notwendigkeit, mit den Völkern der österreichisch-ungarischen Monarchie ein Verständnis der Solidarität herzustellen. Den Hunger nach Gerechtigkeit, nach Frieden, den die Soldaten aus den Schützengräben nach Hause gebracht haben, Heidet er maßvoll zu Worte. Er spricht von dem Recht der großen Masse, die den Anspruch darauf erhebt, sich ein neues Leben zu schaffen, frei von dem Alpdruck künftiger Kriege.

Jetzt verlieren sich seine Worte im wüsten Lärm. Die ganze Halle scheint losgerissen. Schmächtliche Laufen auf den Redner nieder: „Verräter, Verräter, Kroat!“ Nationalisten, Sozialisten, Mussolinianer brüllen alle zusammen. Der Redner muß von der Tribüne abtreten. Beim Räumen des Saales ertönt ein ungeheurer Wirrwarr. In den Korridoren kommt es wiederholt zum Handgemenge. Draußen bilden sich in Dunkel der Nacht Demonstrationsszüge, die unter den Klängen von Kriegsliedern in die Galerie strömen. Vor den Türen werden Versammlungen improvisiert.

Man nun an ist die Generation derer, die am Kriege teilgenommen haben, in zwei Lager gespalten. Der eine macht sich die nationalsozialistische Dummheit breit, der andere den Vorwand, den Sieg zu verteidigen, trägt man den Rest des Krieges in den Frieden hinein. Wenn man gestern die ganze Welt hatte: „Es lebe Triest!“ so schreit man heute: „Es lebe Dalmatien!“ Gestern war der Feind das österreichische Kaiserreich, heute ist es Jugoslawien. Man spricht Feuer gegen Frankreich, gegen England, gegen Wilson. Man behauptet die ganze Welt einer Verschwörung gegen Italien. Man stellt das Land als das Opfer eines großen internationalen Betruges dar. Eine Art Tollheit bemächtigt sich dieser Generation, die die Macht des Geldes und der sozialen Stellung auf ihrer Seite hat.

Annunzio ist der Prophet dieser Minorität, zu der sich die Massen Abenteurer gesellen, deren jedes arme und überfüllte Land so viele hat.

Die Armee stieß täglich ihre improvisierten Offiziere ab, denen man nichts mitgab als eine spärliche Ausbildung. Sie bildeten nunmehr eine besondere soziale Gruppe. Der Krieg hatte sie als halbe Kinder an sich gerissen. Es waren Studenten, Angestellte, Söhne von Bauern oder kleinen Kaufleuten, nun des Studiums entwöhnt, der Arbeit entfremdet. Sie sind daran gewöhnt, zu befehlen, und möchten bei dieser Gelegenheit bleiben. Vielen erscheint es als eine Demütigung, eine Stellung anzunehmen. Mit der Büroarbeit können sie sich nicht befassen, und sie reden sich gern ein, daß die Gesellschaft ihnen gegenüber eine dauernde Verpflichtung

übernommen habe. Sie wollen nicht zurück in die heimatischen Dörfer, zum gleichmäßigen, unscheinbaren Tagewerk. Die große Stadt zieht sie an.

Sie sind vom ersten Augenblick an die natürlichen Rekruten des nationalsozialistischen Abenteurers und werden morgen die des faschistischen Abenteurers sein.

8. Die Teuerungsunruhen

Wie die übrigen Länder Europas mußte auch Italien seinen Tribut sozialer Unruhen dem Verbrechen des Krieges entrichten.

Auf der einen Seite hatten wir ein Proletariat, das die Schaustellung der Orgien und des Luxus der neuen Reichen erbitterte und das den Sturm des Aufstandes fühlte, der vom Osten über ganz Europa ausging.

Dem gegenüber stand ein Bürgertum, das ohne irgendwelchen Kraftaufwand ungeheure Geldsummen aufgehäuft hatte und doch keineswegs den weiten Blick eines wirklich neuen Wege gehenden Unternehmertums besaß, ein Bürgertum, das im Kriege dem Heere Stiefel mit Pappsohlen und Äugeln aus Blech geliefert hatte und sich jetzt der Börse zuwendete, wo es mit derselben Leichtigkeit wie bei den Staatslieferungen verdienen wollte.

Zwischen beiden die Intellektuellen und das ländliche Kleinbürgertum, die zusammen fünfzig Jahre lang das Gerüst des Staates gebildet, der Regierung niemals Schwierigkeiten gemacht hatten, als ein unerschöpfliches Reservoir der Ordnung und des Gleichgewichts, die aber jetzt an einer schweren inneren Krise laborierten. Gerade auf diese Klassen fielen zunächst die Folgen der wirtschaftlichen Krise, die ansetzte, auf dem Lande zu lasten. In diesen Klassen werden die Rückschläge der Verhandlungen von Versailles am schwersten empfunden, in ihrer Nichtachtung jeder Gerechtigkeit. Schließlich sind es diese Klassen im Verein mit der Vorhut des Proletariats, in denen die idealistische Philosophie und die Theorie der Gewalt Boden fassen.

Und der Staat? Und die Regierung? Und das Parlament?

Während der Krieg alles verändert und umgestürzt hat, ist der Staat in seiner konkreten Form, das heißt in seinem bürokratischen Apparat, der gleiche geblieben und bewegt sich weiter in den altgewohnten Gleisen. Er kennt keine Eile. Auch das Parlament begnügt sich mit ewigen Diskussionen, bei denen veraltete oder abstrakte Programme zutage treten. Die Regierung gibt sich Mühe, zwischen den Parteien zu lavieren. Sie ergreift nie die Initiative, sie führt nicht, kaum daß sie nachkommt. Da die Parteien der Mehrheit in allen wichtigen Problemen uneins sind, wendet man die Methode an, jede Entscheidung zu vertagen.

Das im Jahre 1912 gewählte Parlament ist kaum noch ein schwacher Abglanz des Landes. In ihm wird ohne Ende geredet über alles und nichts, Altwiesengewäch, wie Lassalle vom Preussischen Landtag unter der Bismarckschen Faust sagte.

Am 20. Juni 1919 wird das Ministerium Orlando gestürzt, und Nitti übernimmt die Nachfolge. Er ist einer der jüngeren parlamentarischen Führer, der in bezug auf die Organisation des Staates und vor allem auf die Organisation des Friedens ein klares und sicheres Programm hat. Aber er muß mit einer Mehrheit rechnen, der sowohl zusammenhält als auch Mut fehlt, und mit einer außerordentlich schwierigen Lage. Kaum hat er die Nachfolge Orlando angetreten, als schon die nationalsozialistische Partei und die in Mailand von Mussolini gegründeten „Faschi“ gegen ihn Stellung nehmen. Unter der Führung d'Annunzios nimmt die Agitation für Fiume und Dalmatien immer schärfere Formen an. In den großen Städten finden Versammlungen und Umzüge statt, und man beschuldigt den Premierminister, der Liquidator des Sieges zu sein, ehe er irgendwas in die Unterhandlung eingreifen kann. Dies ist der Empfang von der rechten Seite.

Auf der Linken ist das Mißtrauen gegen den Staat unbedingt und unbegrenzt. Die wirtschaftliche Krise beginnt die geistige Fäulnis zu verschärfen. Viele Fabriken werden geschlossen. Von heute auf morgen verlieren die Frauen, die man während des Krieges in die Fabriken und Büros geschickt hatte, ihre Arbeit. Die Lebensmittelpreise werden erschwerend, die Not steht vor der Tür.

Schon in den ersten Junitagen war in Ligurien ein heftiger Aufruhr gegen die Teuerung ausgebrochen. Gleichzeitig hat in Bologna eine riesige Demonstration von Landarbeitern stattgefunden, die die Forderungen ihrer Organisation dem Präfecten vorlegten. Die Streiks häuften sich in allen Teilen des Landes.

Anfang Juli nahm die Bewegung alle Züge des Massenauftandes an, der von der Romagna auf den Norden und Süden der Halbinsel übergriff. Man kann wohl sagen, daß die einzige Ermahnung zur Mäßigung von sozialistischer Seite kam. Der „Avanti“ veröffentlichte damals eine Artikelserie, um zu beweisen, daß die den Kaufleuten gemaltam aufgezwungene Preisermäßigung aller Preise um fünfzig Prozent unsinnig und zwecklos war. Der Popolo d'Italia dagegen hatte die Artikelserie: „An die Laternen mit denen, die das Volk aushungern.“

Die Bewegung dauerte eine Woche. In verschiedenen Städten kam es zum Blutergießen. Hier und da wurden Sowjets gebildet nach bolschewistischem Muster. In manchen Orten machten die zum Niederwerfen der Unruhen entsandten Truppen gemeinsame Sache mit den Aufständischen.

War es nur ein primitiver Sinn der Revolte, als Reaktion auf die erniedrigende Disziplin der Kriegsjahre, der Bürger und Bürgerinnen auf die Straßen trieb? Das war es wohl. Aber es war nicht nur das. Es gibt immer Menschen, die die Unordnung um ihrer selbst willen lieben. Leute, die die Straße anzieht, die überall sind, wo es gärt. Webers Jahr werden sie sich ein schwarzes Hemd anziehen und sich sehr ernstlich daran machen, eine fürchterliche Verwirrung zu schaffen, um so ihren Führern die Gelegenheit zu bieten, die Ordnung wieder herzustellen. Vorläufig ziehen sie gern ein rotes Hemd an, obwohl sie nicht das geringste mit den sozialistischen Organisationen zu schaffen haben. Sie sind es, die

die Läden plündern und die Menschen anpöbeln. Man trifft sie, wie sie schwerbeladen ihre Beute nach Hause schleppen, Schuhe, die nicht zueinander passen, Seidenstrümpfe, Pelze. Sie kommen aus den zweideutigen Gegenden der äußeren Stadt und kehren dahin zurück. Sind es Proletarier? Nein, es ist die Heise.

Das Proletariat, dem das Ideal sozialer Gerechtigkeit leuchtet, will einer neuen Ordnung den Weg bahnen. Es zerstört die Waren nicht, es requiriert sie; es plündert die Läden nicht, sondern stellt Wachen auf, um die Plünderung zu verhindern. Es ist stolz auf die Funktionen, die es sich zuspricht. Sein Instinkt sagt ihm, daß nichts das historische Gesetz aufhalten kann, nachdem die organisierte Arbeit zur einzig leitenden Macht der Gesellschaft werden muß.

Als die verängstigten Kaufleute in die Arbeiterkammer kamen, um die Schlüssel ihrer Läden abzuliefern und die Beschlüsse der organisierten Masse entgegenzunehmen, spendete das Proletariat ihnen Beifall, weil es in diesem Verhalten eine der Arbeit dargebrachte Huldbildung sah. Unter richtigen Führern würde dieses Proletariat zum unbefehbaren Kämpfer der Revolution...

Aber ach, die Führer ließen sich nicht bliden.

Als der Befehl kam, die Unruhen einzustellen, gehörte die Masse ihrer Organisation. Aber der revolutionäre Mythos faschismus hatte einen ersten schweren Schlag erhalten. Den zweiten erhielt er nur wenige Tage später bei dem internationalen Generalkongress vom 20. und 21. Juli. Auch diesmal war also die große Abrechnung, die gespenstisch die Einbildung der Bourgeoisie bedrängte, in weiter Ferne geblieben. Das von der Bourgeoisie befürchtete Ende mit Schrecken sollte nicht kommen. Es kam schließlich, aber für die Arbeiter.

Trotzdem kann es nicht geleugnet werden, daß die italienische Gesellschaft als Ganzes alle geschichtlichen, physiologischen und wirtschaftlichen Bedingungen ihres Zusammenbruchs aufwies.

Aber die sozialistische Partei vertrat ihre Zeit in endlosen doktrinalen Diskussionen über die Formel der Revolution. Nun ist es ein vollständiger Unsinn, in solchen Stunden das Für und Wider sorgfältig abzuwägen, denn während man diskutiert, reifen die Situationen und gestalten sich um.

In der Tat gingen die herrschenden Klassen Italiens nach den Juniaktionen und dem Julistreit zur methodischen Organisation ihrer Abwehr- und Angriffsmittel über. Als Nitti die Regierung übernommen hatte, war der Staat im Zustand völliger Zerrüttung. Es gab keine Polizei mehr. Die Zahl der Karabinieri war stark zusammengeschrumpft. Die Ereignisse hatten jedoch gezeigt, daß man sich des Heeres weber gegen das Proletariat noch gegen die nationalsozialistische Rechte bedienen konnte. Denn die Soldaten fühlten sich mit ihren Klassenangehörigen solidarisch. Und die Nationalisten hatten enge Fühlung mit dem Generalfstab und dem Offizierskorps. Nitti reorganisierte also die Polizei, vermehrte die Karabinieri und schuf jene „königliche Garde“, die aus früheren Offizieren und Kriegsteilnehmern rekrutiert wurde.

Auf der anderen Seite dachte auch schon die Bourgeoisie daran, eigene Kampfeinheiten zu bilden, um sie dem Proletariat entgegenzustellen. Sie fing an einzusehen, welchen Vorteil sie aus der nationalsozialistischen Synergie der Jugend ziehen konnte. In Rom nahmen die Kundgebungen für Fiume und Dalmatien immer mehr den Charakter sozialistenfeindlicher Demonstrationen an. Am 15. April hatten in Mailand die Nationalisten, Futuristen und „Sturmtruppen“ zum erstenmal den „Avanti“ überfallen. Die ganze Presse donnerte gegen die Sozialisten und unterstützte die Ereignisse, um ihre Kampagne des Hasses zu nähren.

Die nachstehende Episode wirft in dieser Beziehung ein recht merkwürdiges Licht auf Mussolini. Es war kurz vor den Wahlen 1919. Als gerade der Kampf am heftigsten wogte, erhielten eines Tages der Präfect und der Erzbischof von Mailand ein hübsch verpacktes Paket mit einer Bombe. Große Aufregung in der Presse, feurige Anklagen gegen die Sozialisten. Am meisten entrüstet ist natürlich der „Popolo d'Italia“ von Mussolini. Und dabei war es Mussolini selbst, der die Bombe geschickt hatte! Mit solchen Mitteln machte man die öffentliche Meinung.

9. Der Handstreich d'Annunzios auf Fiume

Am 12. November 1919 erfuhr das erstaunte Europa, daß Gabriele d'Annunzio an der Spitze einer Kolonne von Freiwilligen, denen sich Offiziere und Soldaten des Heeres angeschlossen hatten, in Fiume einmarschiert war und es besetzt hielt. Von Ronchi aus war er beim Morgendämmern in die Stadt eingerückt, hatte vom Regierungspalast Besitz ergriffen und die Fahne des Widerstandes gegen die Beschlüsse von Versailles gehißt. Einem Freunde schrieb er aus Fiume: „Solange hier auch nur drei Männer sich aufrecht halten, wird es eine Schande weniger in der Welt geben.“

Das Unternehmen an sich entsprach einer Forderung der Gerechtigkeit. Fiume war zweifellos eine italienische Stadt und hatte sich durch das Plebiszit vom 19. Oktober 1918 in völliger Freiheit zu Italien bekennt. Unter den vorliegenden Verhältnissen erlangte aber das Ereignis eine innerpolitische Bedeutung, die weit über die städtische hinausreichte. „Zum ersten Male“, sagte der Ministerpräsident Nitti in der Kammer, „ist der Aufruhr bis in das Heer gedrungen.“ Und Filippo Turati fügte als Redner der sozialistischen Opposition hinzu: „Durch solche Ereignisse öffnet man dem Bolschewismus die Tore, den Sie so fürchten.“ Aber es bedeutete noch etwas anderes. Es bedeutete den Bürgerkrieg, dessen Umrisse am Horizont Italiens aufstauten. Das war die Krise im Staate selbst.

Der Marsch d'Annunzios auf Fiume war das Vorbild des faschistischen Marsches auf Rom. Ohne ein Gründer des Faschismus zu sein, den er sogar im Jahre 1923 als „agrarische Sklavenhalterei“ bezeichnet hat, war d'Annunzio der Schöpfer und unumstrittene, unerlebbare Führer der nationalsozialistischen Bewegung in Italien, mit der sich der Faschismus schließlich identifizieren sollte.

(Fortsetzung folgt.)



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

12. Dezember: 1804 *Garrigou, Vorkämpfer der Sklavenbefreiung. — 1849 Brunel, Erbauer des Eisenbahnnetzes. — 1916 Friedensangebot der Mittelmächte. — 1919 Achttundentag Jugoslawien. — 1923 Arbeiterpresse in Italien verboten. — 1925 Streikverbot in Italien. — 1927 Aufhebung preußischer Gutsbesitze.

Die Hampelmännerfabrik

Kinder hatten durch die Straßen, verschwinden bald rechts, bald links in einen Laden. „Onkel, haben Sie keine leeren Pappar-tonen? Können ruhig zerdrückt sein.“ „Wozu wollt ihr denn die diese Pappe?“ „Zum Hampelmänneraufleben!“ Und triumphie-rend, einen großen Pappar-ton schwingend, zieht der Knirps wie-der ab. Im nächsten Laden taucht er wieder unter. „Tante, haben Sie keine Bindfadenreste?“ Und während die Verkäuferin schon lächelnd das Gemütsche aus einem Pappar-ton-korb kauft, fragt sie: „Was wollt ihr denn damit machen?“ „Ham-pelmänner knüpfen!“ ist die Antwort. Als geht durch die Mitte, mit einer Handvoll Bindfadenenden.

Nach einigen Stunden trottel dann die Schar wohlgenut he-m-wärts. Die Töcher sind gefüllt mit Bindfadenresten. Auf dem Rücken schlurft jeder einen Paden Pappe. Das sind die Hampel-männerfabrikanten in höchst eigener Person. In eine schmale, wint-liche Straße biegen sie ein und tapfen dann auch schon eine knar-zende Treppe empor. Eine — nein vier. Vor einer Bodenlampe machen sie halt. Einer eilt wieder eine Treppe zurück, zu Mutteri, um den Schlüssel zu holen.

Bald ist die Schar mit Pappe und Bindfadenresten in der klei-nen Bodenlampe verschwunden. Rufen und Fußhänge dienen als Stiege. Ein alter großer Koffer erhebt den Tisch. Eine größere An-zahl bunter Hampelmännervorlagen zum Ausschneiden liegen be-reit, zwei Scheren und ein großer Kleinfertigpfeil dazu. Das ist die Hampelmännerfabrik.

Nun sitzt alles emsig bei der Arbeit. Einer verschneidet die gra-ßen Pappar-tonen. Ein anderer Zub bereitet mit einem Pinsel den Klebkleber darüber, ein dritter zieht die bunten Bilder darauf, drückt sie hübsch fest mit dem Ellbogen und glättet noch einmal nach mit der Mäse. Dann werden die bunten Bilder aufgehängt, rund herum an den Laternenwänden. Die alte, haubige Bodenlam-pe macht auf einmal ein recht freundliches Gesicht.

Feierabend für heute, der Klebkleber muß erst trocknen. Am näch-sten Tage, kaum daß die Schule aus ist und das warme Mittagessen verzehrt wurde, sitzen die Jungen wieder emsig bei der Arbeit. Zwei arbeiten mit der Schere, schneiden vorsichtig und sauber und nicht ohne Geschick die einzelnen Glieder der Hampelmänner aus. Das ist nicht so einfach. Die Pappe ist säde und die Scheren sind nicht scharf. Und sauber muß es doch sein. Aber auch der dritte Junge hat es nicht einfach. Er muß die einzelnen Glieder aus-sammenlegen, mit Priemen locken und sie dann mit Bindfaden verbinden; selbstverständlich so, daß sie auch schon strampeln, wenn man an der Strippe zieht.

Bangsam nur geht die Arbeit voran. Jedem ein freundliches Aufsehen, wenn einer fertig, lustig zapfelnd die Wand schmückt. Als aber die Dämmerung Feierabend gebietet, hängen doch ein Duzend bunter Danks an den Laternen, große und kleine. Dann kam der Tag, an dem der Vorrat an farbigen Vorlagen erschöpft war. Das „Lager“ war gefüllt. Nun mußte man an den Umsat-denken. Eines Nachmittags sogen sie los, jeder einen Stroh Ham-pelmänner am Knopfloch.

„Hampelmänner, lauft Hampelmänner! Die großen Sachen hier nur sehr Pfennig!“ Klang nun ihr Ruf durch die Menschenmassen, die knurrend und lachend an den Fenstern vorbeizogen. Das Geschäft blühte. Sie waren die ersten und verkauften jeden Tag zehn Stück. Dann ging es aufs neue von Geschäft zu Geschäft, Pappe und Bindfaden sammelnd. Vorlagen wurden nun einge-kauft. Eines Nachmittags begann die Fabrikation in der Boden-lampe von neuem. Diesmal ging es schon flotter von der Hand. Man hatte doch schon etwas verdient. Drei Wochen war noch Zeit bis Weihnachten. Da tauchten allerlei Möglichkeiten auf. Sie woll-ten zum Feste als Weihnachtsmann in ihren Familien auftreten, Vater war arbeitslos. „Der bekommt eine Riste Zigarren für 'ne Mark — sonst habe ich schon“, plapperte froh der eine und schnippte an der harten Pappe herum. Und auch die andern wußten schon, was sie suchen würden. Bald darauf fanden die drei wieder verkauft an der Straße. Florell.

Sozialdemokratische Partei Bezirk Oststadt

Am Donnerstagabend fand im „Bernhardushof“ eine Besie-ferungsversammlung der Oststadt statt, die allerdings besser besucht hätte sein dürfen. Genosse Prof. Wilhelm hielt einen instruktiven Vortrag über „Das futuristische Gesicht des Sozialismus“. Ein-leitend betonte der Redner, daß unter großer Theoretiker Karl Kautsky in seinem Werk „Die materielle Geschichtsauffassung“ steht: „Kultur ist alles, was den Menschen nennenswerte Lebens-bedingungen über das Tierreich erhebt.“ Kultur ist alles, was zur Verschö-nerung, zur Erleichterung des Lebens dient. Der Mensch hat gegen-über zwei Feinde zu kämpfen, gegen die Natur und gegen die Mit-menschen. Die einseitige Verehrung und Anbetung der Technik bringt nur noch nicht die Kultur, wenn wir die Fortschritte der Technik nicht der Gesamtheit dienlich machen können. Der Haupt-sach der heutigen Kultur ist die Inhumanität. Wir müssen deshalb den Kampf gegen die Menschen führen, deren Geist es verhindert, daß Humanität, daß soziale Gesinnung wieder in un-serer Kultur einzieht. Erst wenn dies der Fall ist, werden die Fortschritte der heutigen Zeit allen Menschen zugute kommen. Dieser heute herrschende Geist der Inhumanität ist ein direkter Ausfluß des kapitalistischen Systems. Der Referent zeichnete dann in kurzen Strichen die Merkmale dieses Systems. Nicht Bedarfs-bedürfnis, sondern Profitgier ist die Triebfeder beim kapitalistischen Produzenten, ist der Sinn des kapitalistischen Systems. Im kapitalistischen System wird der Wert des Menschen nach seinem Besitz und nicht nach seinem Charakter und seiner Bildung. Das frühere Bildungsstreben des Bürgertums ist heute in sein direktes Gegenteil umgewandelt. Eine weitere Ur-sache des Niederganges der zeitlichen Kultur ist der Nationalis-mus, der in einen blühenden Huronatriotismus assoziiert ist. Alle unsere großen Geister haben das Weltbürgertum anerkannt. Der Nationalismus hat sich in eine Allianz begeben mit dem Großkapital. Ohne kapitalistische Unterstützung gäbe es keinen Nationalismus. Der Nationalismus ist den Weg ge-gangen, den der Dichter Grillparzer ihm vorausgesagt hat, daß er in der Weltallzeit endet. Der Redner nahm dann noch die blü-herige Rassentheorie der Nazi unter die Lupe und gab sie der Lächerlichkeit preis. Die kapitalistische Gesellschaft ist außerstande, Lebenserleichterungen für das Volk zu schaffen. Es ist deshalb Zeit, daß diese Gesellschaft in eine Gesellschaftsform überleitet wird, die leben teilnehmend läßt an den Erträgen ihrer Arbeit und dies kann nur die sozialistische Gesellschaftsform sein. D.

Jungmädchenunischuld der Badischen Presse

So gern die Badische Presse manchmal gegen die Sozial-demokratie mettert, so sehr gibt es ein Kapitel, bei dem sie es liebt, sich in Jungmädchenunischuld zu hüllen. Wir haben bereits vor einigen Tagen darauf hingewiesen, wie die Badische Presse Reden verzerrt wiedergibt, um ja nicht den Nationalsozialisten wehe zu tun. Heute können wir hierzu einen weiteren Beitrag bringen. In ihrer Donnerstagsnummer be-richtet die Badische Presse in großer Aufmachung über „Lärmjungen im Reichstag“ und stellt hierzu die An-frage „Wo bleibt die ernste Arbeit?“ — unterläßt hierbei jedoch, die Antwort auf diese Frage zu geben. Wahr-heitsgemäß müßte sie nämlich dabei erklären, daß es die Nationalsozialisten waren, die im Reichstag wieder Szenen aufführten, daß sich das deutsche Volk vor sich selbst und der ganzen Welt schämen muß, wie es durch das Treiben der Hakenkreuzler in der deutschen Volksvertretung zugeht. Am jedoch den Nationalsozialisten nicht wehe zu tun, geht die Badische Presse in ihrem Bericht wie um einen heißen Brei um die wirklichen Vorgänge herum.

So schreibt die Badische Presse: „Der Gegenstand der Be-ratung war Nebenfrage, Hauptfrage war der Kadau, wie leicht mit der Einschränkung, daß es einzelnen Par-teien nicht unlieb war, die sachlichen Verhandlungen zu stören, weil die Aussprache über das Pensionsfür-zugsgesetz doch einen starken Widerspruch zwischen ihrer Wahlagitation und ihrer jetzigen Haltung darstellt.“ Wer den Kadau gemacht hat, und bei welcher Partei der Widerspruch zwischen ihrer Wahlagitation und ihrer jetzigen Haltung vorliegt, darüber schweigt die Badische Presse, weil sie sonst ihren Lesern sagen müßte, daß es die National-sozialisten waren, welche den Kadau verursacht haben und daß es ebenfalls die Nationalsozialisten sind, bei denen der Widerspruch zwischen ihrer Haltung im Wahlkampf gegenüber der Pensionsfrage und ihrer jetzigen Rückziehhaltung bei der praktischen Konsequenz gegenüber dem von der Sozialdemokratie beantragten Pensionsstärkungsgesetz vorliegt. Weiterhin interessant ist auch die Bemerkung der Badischen Presse, „die Wogen überschlugen sich geradezu, als der Kommunist Böhmthal von den Nationalsozialisten in die Janggekommen wurde“. Worin das „J-n-die-Jangge-n-h-men“ bestand, verschweigt die Badische Presse, vor allen Dingen vermutlich wegen ihres Interesses an dem: denn es waren antimilitärische Bemerkungen wie „Zu-benbengel“, „es reicht nach Anobis“ und ähnliches, mit denen man nationalsozialistischerseits den Redner „in die Jangge-n-h-men“, und hierbei Dinge mögen vielleicht manche Interzessanten der Badischen Presse nicht gerne in einem Blatt vernehmen, das sonst so gern nach der nationalsozialistischen Seite hin schillert.

Schließlich mag noch vermerkt werden, daß auch die Badische Presse gleich uns darauf hinweisen muß, daß der volks-parteiliche Abgeordnete Kahl dem Reichstag das ein Spiegel vorhielt, „indem er mit Rücksicht auf das niedrige Niveau der Debatte“ auf das Recht des Schlusswortes ver-zichtete. Daß jedoch neben den Kommunisten es vor allem die Nationalsozialisten waren, die den großen Sen-ior der deutschen Strafrechtswissenschaft zu diesen bitteren Be-merkungen veranlaßte, darüber ist in der Badischen Presse nichts zu finden, weil es das Blatt nicht über sich bringt, das Treiben der Nationalsozialisten so darzustellen, wie es in Wirklichkeit ist.

Die Jungmädchenunischuld der Badischen Presse hat schon ihre besonderen Gründe.

Die Polizei berichtet:

Schwerer Verkehrsunfall

Am Donnerstag vormittag, kurz nach 8 Uhr, geriet ein verb. Oberbahninspektor von hier beim Überqueren der Straßenbahn-gleise an der Haltestelle Marktplatz zwischen zwei sich bege-gnende Straßenbahnzüge. Er wurde von dem Anhänger des einen Zuges erfasst und vor den Motorwagen des anderen Zuges ge-schleudert. Hier wurde er unter die Schutzvorrichtung geklemmt. Mit einer Gehirnerschütterung und einem Bruch des linken Oberarms sowie Hautabrisse an den Knien mußte der Verunglückte ins Städt. Krankenhaus verbracht werden. Ein Beihilfen der Straßenbahnführer dürfte angeschlossen sein.

Wegen erweiterter Körperverletzung

gelangt ein lediger 19 Jahre alter Autohändler zur Anzeige, weil er einen gleichaltrigen Bedienten im Streit durch Schläge mit einem Schlüssel im Gesicht erheblich verletzte.

Mutwilliges Alarmieren der Feuerwehr

Vergangene Nacht kurz nach 2 Uhr wurde der öffentliche Feuer-melder am Hause Gewirgstraße Nr. 32 von unbekanntem Täter mutwilligerweise eingeschlagen, so daß die Feuerwehr vergebens ausfuhr.

Diebstahl

Einem Studenten wurde im neuen Studentenheim am Park-ring der Mantel im Wert von 135 M. gestohlen. — Am Donner-stag wurde der Polizei ein Fahrrad diebstahl angezeigt; 2 Fahr-räder, die aus Diebstählen herrühren dürften, wurden herrenlos aufgefunden. — Ein Artizl und eine Fabrikarbeiterin wurden unter dem Verdacht des Diebstahls festgenommen und, da beide rückfällig sowie zur Zeit ohne feste Wohnung und arbeitslos sind, ins Bestirgsgefängnis eingeliefert. — Ein lediger 22 Jahre alter Kaufmann von hier wurde wegen Diebstahls von 51 M. festge-nommen und ins Bestirgsgefängnis gebracht. — Desgleichen wurde ein lediger 36 Jahre alter Handlungsgehilfe aus Saßfen hinter Schloß und Riegel gebracht, der durch Vorpostelung falscher Tol-laden hiesige Geschäftsleute um etwa 7000 M. geschädigt hat.

Aufwertung von Sparguthaben

Von der städt. Sparkasse wird uns geschrieben: Im Gegensatz zu der Aufwertung von Hypotheken, die für das ganze Deutsche Reich einheitlich geregelt ist, wurde die Aufwertung der Sparguthaben bei den öffentlichen Sparkassen durch das Aufwertungsge-setz nur nach dem Ermessen der Sparkassen in einzelnen der Landesgesellschaften vorbehalten bleibt. Aus diesem Grunde ist die Aufwertung in den einzelnen deutschen Ländern recht verschieden-artig. In Baden besteht das System der Individualaufwertung bei einem Mindestsatz von 12½ Prozent. Alle Sparkassen sind verpflichtet, mindestens 12½ Prozent aufzuwerten, ohne Rücksicht darauf, ob ihre eigene Aufwertungsquote ausreicht, diese Quote auszuschießen

zu können. Reicht die Quote nicht aus, dann muß der Selbstbeitrag durch Zuschüsse der Sparkasse oder der bürgerlichen Gemeinde ersetzt werden. Diejenigen Sparkassen, denen eine Aufwertungsquote aus-erfüllung steht, die die Ausschüttung einer über 12½ Prozent hinausgehenden Quote erlaubt, müssen entsprechend höher aufwer-ten. Aus diesem Grunde ist die Aufwertung unter den badischen Sparkassen selbst verschieden. Sie bewegt sich zwischen 12½ bis 25 Prozent.

In der Regel sind es die ländlichen Sparkassen, die nur geringere Quoten aufwerten können, während die städtischen Spar-kassen bedeutend höhere Sätze zur Ausschüttung bringen. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß während des Krieges, und insbe-sondere während der Inflation, die landwirtschaftliche Produk-tion durch den verhältnismäßig günstigen Preis ihrer Produkte und deren leichte Absatzmöglichkeit im Besitze größerer Mittel war, die schon frühzeitig aus Währungs- und Schulden Verwindung fan-den. Den ländlichen Sparkassen wurde schon vor dem Rückwärtswand-lung, nämlich dem 15. Juni 1922, der größte Teil der Hypotheken zurückbezahlt, so daß sie keine Möglichkeit mehr hatten, diese heimbesessenen Kapitalien zur rückwirkenden Aufwertung zu bring-en. Aus diesem Grunde ist die Aufwertungsquote bei diesen län-dlichen Sparkassen verhältnismäßig klein.

Anders liegt der Fall bei den städtischen Sparkassen. Die Geldflüssigkeit setzte in den Städten erst zu einem viel späteren Zeitpunkt ein wie auf dem Lande. Die meisten Rückzahlungen fan-den bei den städtischen Sparkassen erst nach dem 15. Juni 1922 statt, so daß diese einen erheblichen Teil ihrer alten Forderungen durch die rückwirkende Aufwertung retten konnten. Deshalb stehen bei diesen Sparkassen ansehnliche Aufwertungsquoten zur Verfügung, die alle restlos zur Ausschüttung an die Gläubiger verwendet werden.

Hand in Hand mit der Geldflüssigkeit auf dem Lande ging neben der Entschuldung ein Anwachsen der Sparpartialien, wodurch eine unverhältnismäßige Erhöhung der von der Sparkasse zu befreiten Sparpartialien eintrat. Ein solches Anwachsen der Sparpartialien fand in den Städten nicht statt. Im Gegenteil: dort wurde sehr viel Geld abgehoben und in Spekulationswerten angelegt. Auch aus diesem Grunde hat sich die Aufwertungsquote zugunsten der Sparer bei den städtischen Sparkassen erhöht.

Trenden Verdäuten oder ein Verdienst ist der einzelnen Spar-kasse bezüglich der Höhe der Aufwertungsquote nicht auszumessen, da diese durch die oben geschilderten wirtschaftlichen Umstände be-dingt ist.

(.) Friedrich wird nicht ausgeliefert. Wir brachten kürzlich die Mitteilung, daß der bekannte frühere nationalsozialistische Mitarbeiter Hermann Friedrich auf Wunsch der Nazis aus Straßburg ausgeliefert werden soll. Das Gerücht hat nun das Urteil ver-lindert: Friedrich wird nicht ausgeliefert! Das Gerücht stellt sich auf den Standpunkt, daß der Auslieferungsantrag nur auf politischen Motiven fuße und deshalb abzulehnen sei. — Die Straßburger werden nun wohl lange Gefascher machen! Die Straß-burger Freie Presse, der wir diese Mitteilung entnehmen, be-merkt sodann noch: Friedrich nahm das Urteil mit sichtlich bitterer Bitterung und Erleichterung auf. Es gibt ihm nun Gelegenheit, unter dem Schutze Frankreichs eine neue Existenz zu gründen. Wie er privatem mittelt, wird er, sobald es ihm die gesetzlichen Bestim-mungen erlauben, um seine Naturalisation zu bemühen, und sich bei Politik, nach seinen schimmern Erzierungen, fernerkün einhalten.

Arbeitsjubiläum. Herr Wilhelm Fette, Karlsruhe, Rooststr. 27, konnte gestern sein 25jähriges Dienstjubiläum als Angestellter bei der Eisenbahnverwaltung feiern. In Karlsruhe e. G. m. H. S. feierten. Von der Geschäftsführung wurde der Jubilar durch Lieber-reichung von Geschenken geehrt.

(.) Landgerichtsrat Hugo Weiser †. Am 10. ds. Mts. ist Herr Landgerichtsrat Hugo Weiser hier während seiner Berufsunfähig-keit auf dem Landgericht durch einen raschen Tod hinweggerafft wor-den. Seit 1917 war er hier als Landgerichtsrat tätig. Als lang-jähriger, tüchtiger Richter von vorbildlicher Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue, als charaktervoller Mensch von erster Lebens-auffassung wurde der Verstorbene von seinen Kollegen und allen, die ihn kannten, hochgeschätzt.

Der

Rielen-Erfolg

unserer Einheitspreis-Tische

ist ein Beweis, daß das Schenken von Ver-gaben wird, angesichts der verblühenden Preis- und guten Qualitäten!

Ab heute zum Teil neu aufgelegt:

Frotterhandtücher	40-90-cm. schw. Qualität	0.80
Herrn Socken	schöne Muster	0.75
Selbstbinder	aparte Dessins	0.75
Taschentücher	gebrauchsfertig, 6 Stück	1.-
Kopfkissen	80-80 cm mit Hohlraum	1.-
Kaffeewärmer und Kissenfüllung		1.-
Br.-se-Brises	mit Handarbeit	1.80
1 1/2 Meter Schürzenstoff	echt farbig	2.60
2 1/2 Meter Schotten	mit Pulloverstoffe	6.-
10 Meter Hemdentuch	kräftige Qualität	6.-

Wir kaufen bei einem unserer Lieferanten einen großen Damen-Mantel Preis wundertolle Stoffe, Farben und Formen, meist mit reichem Pelzbesatz und geben diese zu nachsteh. Serienpreisen ab:

1275 1975 2975 3975 4975 5975

Der Weihnachtsmann

kommt Freitag, Samstag, Sonntag, Montag den 12., 13., 14. und 15. Dez., nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr nochmals, um die vielen Kinder, die letztes Mal wegen zu großen Andrangs nichts bekommen, zu beschenken.

Poländer
DAS HAUS DER GUTEN WEB-WAREN
Karlsruhe Kaiserstr. 191

